# KOMMUNISTISCHE HOCHSCHULZEITUNG



Nr.3/1973 / HERAUSGEBER MLS-WIEN

## Vorwærts zum 1.Mai!

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S



JAHRESABONNEMENT DER KHZ (mindestens 8 Nummern)
Preis: S 40,- Bestellungen sind zu richten an:
MLS, 1070 Wien, Westbahnstraße 7/8
Tel.: 93-31-79 (Mo-Fr. 15-18h)

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Vervielfältiger u.Verleger: Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation; Für den Inhalt verantwortlich: Margarita Schneider, alle: 1070 Wien, Westbahnstr.7/8

# VORWÄRTS ZUM 1. MAI

Seit die sozialistische Internationale im Jahre 1890 den ersten Mai zum Kampftag der Arbeiter aller Länder erklärte, machten die klassenbewußten Arbeiter diesen Tag tatsächlich zum Tag der "Heerschau über ihre mobil gemachten Streitkräfte, mobil gemacht als ein Heer unter einer Fahne, mit einem Ziel" (Engels). Der 1.Mai - über Jahre und Jahrzehnte ein Signal, auf das hin die Proletarier aller Länder sich zu einer Front formierten und für ihre Klassenziele demonstrierten.
Der 1.Mai - in seinem Zeichen hat die Arbeiterklasse gewaltige Kämpfe geliefert und große Siege errungen. Es ist kein Wunder, daß trotz aller Versuche der Helfershelfer der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse die großartige Tradition dieses Kampftages nicht gänzlich zu vernichten war. Mit aller Kraft haben sie versucht, den 1.Mai aus einem Kampftag in ein Volksfest zu verwandeln, diesen Tag, an dem die Arbeiterklasse ihre Stärke zeigen sollte, für ihre bürgerliche Propaganda auszunützen. Die alten Verräter, die Sozialdemokraten, haben mit diesem Werk begonnen, die neuen, die "K"PÖ-Revisionisten, sind ihnen gefolgt.

Die SPÖ hat sich schon längst aus einer reformistischen Arbeiterpartei in eine Partei des Monopolkapitals verwandelt, sie führt die Regierungsgeschäfte der Bourgeoisie, sie trägt die Angriffe der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiter vor. Mittels der ÖGB-Spitze und ihrer Handlanger bis hinunter zu ihren Betriebsräten versucht sie die Arbeiter ruhig zu halten und an die Bourgeoisie, das kapitalistische System zu fesseln. Sie läßt nichts unversucht, bei den Arbeitern auch die geringsten Spuren von Klassenbewußtsein auszulöschen, die Tradition der großen Kämpfe der österreichischen Arbeiterklasse vergessen zu machen, selbst die Symbole der Arbeiterbewegung will sie verschwinden lassen.
Die Sozialdemokratie bemüht sich daher schon seit Jahren, dem 1.Mai jede Bedeutung zu nehmen. In fast ganz Österreich finden längst keine sozialdemokratischen Maiaufmärsche mehr statt, in manchen Städten "feiern" die großen bürgerlichen Parteien (SPÖ, ÖVP) gemeinsam den "Tag der Arbeit" und spornen bei dieser Gelegenheit die Arbeiter gleich an, noch mehr für "Europareife" der Profite zu arbeiten. Nur im ehemals "roten Wien" hat die SPÖ es bis heute nicht gewagt, den 1.Mai überhaupt abzuschaffen. Sie hat ihn daher in ein Maifest verwandelt, dem jeder klassenkämpferische Charakter fehlt, bei dem so weit wie möglich die Interessen der Arbeiter nicht zur Sprache kommen sollen. Politik kommt nur so weit vor, als sie die Massen zur Unterstützung der SP-Regierung anhalten soll.- gegen ihre eigenen Interessen. Der Wiener 1.Mai der SPÖ ist daher nur mehr ein pervertiertes Zugeständnis an die Tradition der Wiener Arbeiterschaft - ein riesiger Propagandarummel für die sozialdemokratische Partei.

Kein grundsätzlich anderes Bild bietet der Mai-Aufmarsch der anderen Partei, die hinter der SPÖ am 1.Mai über den Ring zieht - der "K"PÖ. "Heraus zum 1.Mai" ruft die "K"PÖ - "Heraus zum Propagandaritual, zum Ritual der Selbstanpreisung" müßte es in Wirklichkeit heißen. "Kampftag der Arbeiterklasse" heißt es in Phrasen - "Wählt KPÖ!", "Wehrt Euch - lest Volksstimme", "Wir haben schon immer gesagt..., deshalb verdienen wir Ihre Stimme!" - das sind die wirklichen "Perspektiven", die sie der Arbeiterklasse zu bieten hat.

Auch die "K"PÖ ist heute keine revolutionäre proletarische Partei mehr. Seit die Revisionisten die "K"PÖ vollständig unter ihre Kontrolle gebracht haben, kann die "K"PÖ der österreichischen Arbeiterklasse keine Perspektiven mehr weisen. Sie ist zu einer "bürgerlichen Arbeiterpartei" geworden. Kein Kampf, keine Bewegung, wo die "K"PÖ eine vorwärtstreibende Rolle gespielt hätte, kein Kampf, keine Bewegung der Arbeiter, wo die "K"PÖ nicht versucht hätte, sich anzuhängen und sich den Arbeitern als "Alternative" zu empfehlen. Der Revisionismus ist ebenso wie der Sozialdemokratismus ein ideologischer Stützpunkt der Bourgeoisie in der Ar-

beiterklasse. Die einen propagieren aktiv die Politik der Sozialpartnerschaft, der Klassenzusammenarbeit und setzen sie durch - die anderen halten die Arbeiter vom konsequenten Kampf dagegen ab und lenken jede Bewegung in eine Sackgasse.

Am 1.Mai zeigt sich nur mit besonderer Deutlichkeit, was die klassenbewußten Arbeiter Tag für Tag schmerzlich empfinden und was die ganze Arbeiterklasse im Tageskampf gegen die Kapitalisten so schwächt: das österreichische Proletariat hat keine eigene Klassenpartei. Keine Partei, in der die Avantgarde der Klasse auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehend organisiert ist, die die Kämpfe und Bewegungen anleiten könnte, die die Arbeiterklasse hinter sich sammeln und zum Kampf um den Sieg des Sozialismus führen könnte. Eine proletarische Klassenpartei, eine kommunistische Partei aufzubauen, darin besteht heute die Kampfaufgabe der Kommunisten. Der Kommunistische Bund Wien (KB Wien), der im Dezember 1972 gegründet wurde, hat sich die Aufgabe gestellt, im lokalen Rahmen einen Beitrag dazu zu leisten. Er stellt sich die Aufgabe, die Arbeiter in den Kampf um ihre Tagesinteressen zu führen, Unversöhnlichkeit der Klasseninteressen und die Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus und der Errichtung der proletarischen Diktatur im praktischen Kampf aufzuzeigen, die Arbeiter in den Kampf um kampfstarke, klassenbewußte Gewerkschaften und gegen die alten und neuen Klassenversöhnler im ÖGB zu führen, die bewußtesten Teile des Proletariats politisch zu organisieren.

Am 1.Mai 1890 war der 8-Stundentag das nächste Ziel, für das die bewußten Arbeiter aller Länder sich zum Kampf erhoben. Unter dieser gewerkschaftlichen Kampflosung demonstrierten die Arbeiter das erste Mal "Erwachen zum bewußten Leben" (Lenin), als eine Klasse, die einheitlich und unversöhnlich der Bourgeoisie gegenübersteht. Die Tradition des 1.Mai ist die Tradition des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse zu einer einheitlichen Front, die Tradition der Klassenvereinigung.

Nach den langen Jahren, in denen die österreichische Arbeiterschaft an die Ideologie der Sozialpartnerschaft gefesselt war, die die Arbeiterklasse vom Kampf um ihre Interessen abhielt und den "sozialen Frieden" sichern half, beginnt die österreichische Arbeiterklasse wieder den Kampf aufzunehmen. Sie beginnt sich den Angriffen der Kapitalisten entgegenzustellen. Noch sind die Kämpfe gegen steigende Arbeitshetze, gegen die maßlosen Preissteigerungen, gegen die Reallohnsenkungen isoliert und zersplittert, noch sind die Forderungen und Losungen nicht einheitlich. In die zersplitterten Kämpfe die Perspektive der Klassenvereinigung hineinzutragen und sie zu verwirklichen, im tagtäglichen Kampf eine einheitliche Front gegen die Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen und revisionistischen Handlanger zu schmieden - das ist das Ziel der Arbeiterbewegung unseres Landes. Für die Vereinheitlichung der Klasse, gegen alle Spaltungsbestrebungen - darum geht heute der Kampf. Darum geht der Kampf im Betrieb, in der Massenorganisation der Arbeiterschaft, der Gewerkschaft. Er kann nur vorankommen, wenn die Spalter isoliert und kaltgestellt werden. Die Spalter sind die Klassenversöhnler, die die "Einheit" der Arbeiter mit den Kapitalisten im "gemeinsamen Boot" der Sozialpartnerschaft, und damit die Spaltung der Arbeiter untereinander predigen. Es gibt keinen Kampf um die Einheit der Klasse, wenn nicht der Kampf gegen die Saboteure der Einheit geführt wird, gegen die Sozialdemokraten und die Revisionisten. Es gbit keine Einheit auf Grundlage der bürgerlichen Ideologie. Einheit der Klasse - das heißt vor allem einmal Kampf der klassenbewußten Arbeiter gegen die SPÖ, die heute als Regierung die Interessen der Kapitalisten in Gesetzesform bringt.

Es gibt keine Einheit, wenn sich nicht die Arbeitermassen von der bürgerlichen Ideologie des Sozialdemokratismus und Revisionismus lösen, und wenn sich nicht die fortgeschrittensten Teile in einer kommunistischen Partei organisieren, die die Massen in den Kampf um die Tagesinteressen, in die Klassenvereinigung und um den Sozialismus führt und die Arbeiterklasse und das Volk hinter sich sammelt. Das ist die Aufgabe der Kommunisten, darauf zielt die Maivorbereitung des KB Wien in der Arbeiterklasse ab: Vorwärts im gewerkschaftlichen Kampf! Gegen die Angriffe der Kapitalisten den Kampf aufnehmen! Für kampfstarke, klassenbewußte Gewerkschaften! Bauen wir im Betrieb und in der Gewerkschaft eine Front gegen die Klassenversöhnler auf! Vorwärts im Kampf um die Forderungen und Rechte der Arbeiterklasse, vorwärts im Kampf um den Sozialismus!

Neben dem Aufschwung der Arbeiterbewegung und dem Erstarken der kommunistischen Bewegung wächst auch in anderen Schichten des Volkes der Unmut und die Kampfbereitschaft gegen die kapitalistische Profitwirtschaft. Am fortgeschrittensten und politisch am klarsten artikuliert ist dieser Kampf heute unter der studierenden Jugend, unter der Studentenschaft, "dem am feinsten reagierenden Teil der Intelligenz; die Intelligenz heißt aber gerade deshalb Intelligenz, weil sie die Entwicklung der Klasseninteressen und der politischen Gruppierungen der Gesellschaft am bewußtesten und genauesten widerspiegelt und zum Ausdruck bringt." (Lenin) Immer breitere Teile unter der studierenden Jugend erkennen, daß ihr Kampf gegen die kapitalistische Ausbildung, gegen Imperialismus und die Herrschaft der Bourgeoisie nur eine Perspektive an der Seite der Arbeiterklasse hat, daß sie sich dem Kampf der Arbeiterklasse um die Diktatur des Proletariats, die die breiteste Demokratie für das Volk ist, unterordnen und einordnen müssen. Diese notwendige Einheit im Kampf um den Sozialismus und um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes muß auch am 1.Mai zum Ausdruck kommen. Die fortschrittlichen Teile der studierenden Jugend müssen sich an diesem Tag unter den aktuellen Kampflosungen der Arbeiterklasse sammeln, um so ihre Unterstützung des Kampfes gegen Bourgeoisie, Imperialismus, Sozialdemokratismus und Revisionismus zum Ausdruck zu bringen. Damit reihen sie sich an diesem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse ein in die weltweite Front des Proletariats und aller unterdrückten Völker gegen Imperialismus und Ausbeutung.

VORWÄRTS IM KAMPF GEGEN IMPERIALISMUS UND KAPITALISMUS!

ES LEBE DER 1.MAI!

H.H. (KB Wien)

# DER AUFBAU DES SOZIALISMUS IN CHINA

In diesem Artikel werden wir zeigen, wie in China der Sozialismus aufgebaut wird , wie in China die Arbeiterklasse und die Bauern fest die Macht in Händen halten und in allen Bereichen des Lebens die Führung innehaben. Wir werden auch zeigen, daß die werktätigen Massen Chinas unter der Führung der Arbeiterklasse und der KP als ihrer Vorhut, in ständigem Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und gegen bürgerliche Verhaltensweisen und Normen den Aufbau des Sozialismus in allen Bereichen ständig vorantreiben, und daß sich die proletarische Ideologie und Politik, als historisch fortschrittlichste immer mehr durchsetzt. Der Aufbau des Sozialismus ist ein langwieriger Prozeß, der mit der Entwicklung der proletarischen Staatsmacht keineswegs abgeschlossen ist, sondern ganz im Gegenteil erst dann beginnt. Dieser Prozeß ist ein äußerst komplizierter Klassenkampf zwischen der korrekten Linie im Aufbau des Sozialismus und den verschiedenen bürgerlichen Linien, der die ganze historische Epoche des Sozialismus andauert und oft sehr scharfe Formen annimmt. Einer seiner Höhepunkte in China war die Große Proletarische Kulturrevolution eine proletarische Revolution, die das Proletatiat unter den Bedingungen des Sozialismus gegen die Bourgeoisie und allen anderen Ausbeuterklassen durchführte, um die Restauration des Kapitalismus zu verhindern.

# DIE ENTWICKLUNG DER VR CHINA

Die Ausrufung der VR-China im Jahre 1949 setzte der Schlußpunkt hinter eine lange Periode des bewaffneten Kampfes des chinesischen Volkes gegen imperialistische Aggression (Japan) und gegen die einheimischen Ausbeuterklassen. Die Partei der chinesischen Großgrundbesitzer, Feudalherrn und der Kompradoren-Bourgeoisie, die Kuomintang unter der Führung Tschiang Kai-shek's war eng mit den imperialistischen Staaten, v.a. mit den USA, verbündet, und wurde von dieser massiv unterstützt. Der bewaffnete Kampf der mit amerikanischen Waffen ausgerüsteten Kuomintang-Armeen gegen das chinesische Volk endete 1949 mit der Flucht Tschiang-Kai-shek's nach Taiwan und der völligen Niederlage dieser Marionetten-Clique. Im folgenden Jahrzehnt ging die KP nach der Vollendung der neudemokratischen Etappe daran, die Diktatur des Proletaiats zu errichten und auszubauen: sukzessive Machtübernahme der Arbeiterklasse im ökonomischen Bereich durch Verstaatlichung und Kollektivierung; Durchführung der Bodenreform auf dem Lande; Massenerziehungskampagnen, um die bürgerliche Ideologie zu entlarven und zu beseitigen; Festigung der Autorität der Partei und der Führung durch gute Verbindung mit den Massen.

# DER "GROSSE SPRUNG NACH VORN"

War die KPCh in den Jahren 1953 bis 1957 beim sozialistischen Aufbau ziemlich genau dem Muster der Sowjetunion gefolgt, (z.B. starke Bevorzugung der Schwerindustrie), so begann sie am Ende dieser Periode verstärkt die internationalen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus für die konkreten Bedingungen Chinas auszuwerten. und stützte sich dabei auch stark auf die negativen Erfahrungen der SU, die bald nach dem Tode Stalins krass in Erscheinung traten. Die Entwicklung unter Chruschtschow, mit dessen Machtantritt der Revisionismus in der KPdSU gesiegt hatte, ließ die chinesischen Kommunisten erkennen, daß die Übernahmen der chruschtschow'schen, revisionistischen Linie die Liquidierung des Aufbaus des Sozialismus bedeutet hätte.

Das Ergebnis dieser Auswertung und der Zusammenfassung der eigenen Erfahrungen war die Politik des "Großen Sprungs nach vorn".

Auf der einen Seite war die junge Arbeiter- und Bauernmacht in China durch die unnachgiebige Einkreisungspolitik auf das massivste bedroht. Auf der anderen Seite wurde immer klarer, daß eine Anhebung der Produktivität und Beschleunigung des Wachstums der Landwirtschaft, der wirtschaft-Basis Chinas, durch die alleinige Betonung der Schwerindustrie nicht schnell genug erfolgen könne. Nur durch eine rasche gesellschaftliche Weiterentwicklung, also vor allem die Anhebung der ländlichen Produktions- und Lebensbedingungen, konnte China diese Widersprüche lösen, seine Stellung gegenüber dem Imperialismus sichern und beim Aufbau des Sozialismus vorankommen. Die chinesische Führung ging daran, mit den Methoden des revolutionären Massenkampfs sämtliche verfügbare Faktoren für den sozialistischen Aufbau zu mobilisieren: Akkumulationsfonds, Rohstoffe, technische Kapazitäten und vor allem den am reichsten verfügbaren Faktor, die menschliche Arbeitskraft. Ideologie und Politik wurden zur Hauptkraft des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts und machten den Aufbau des Sozialismus zu einem bewußt gesellschaftlichen Akt, dem einzigen Schutz vor einer Restauration des Kapitalismus. Ihre materielle Basis fand die Politik des des "Großen Sprungs" in der Tradition der chinesischen Dorfgemeinschaft und dem berühmten traditionell revolutionären Potential der ländlichen Massen. Freigesetzt und entfaltet wurde dieses Potential von einer Partei, die unter diesen Massen herangewachsen und mit ihnen in der Zeit der Befreiungskriege eins geworden war. "Der große Sprung" forderte aber nicht nur die Mobilisierung aller Energien, sondern ebenso den planvollen und koordinierten Einsatz der Arbeitskraft und der Akkumulationsquellen über den engen Rahmen der Produktionsgenossenschaften hinaus. Deich-und Dammbauten, Bewässerungsanlagen, Kanäle, Straßenbau, Neulandgewinnung, Terrassierung der Berghänge, Verbesserung des Bodens sowie der Bau von Wohnungen und das massenhafte Entstehen von kleinen Fabriken auf dem Land setzen größere,

mehrere Dörfer und einige tausend Menschen umfassende, kollektive Organisationen voraus. Diese wurden auf der ganzen Welt als "Volkskommunen" bekannt, die eine Produktionseinheit bildeten. Die Mobilisierung und Organisierung aller Kräfte für die Produktion waren wichtige Aufgaben der Volkskommunen, doch das Wichtigste war ihr Beitrag zum Bruch der ländlichen Massen mit ihrer überkommenen Lebens-und Denkweise, zu ihrer endgültigen Befreiung von Resignation, Gleichgültigkeit und hierarchischer Unterordnung. Die Volkskommunen erschütterten gründlich die formal bereits 1950 gebrochene autoritäre Familienherrschaft, die Diskriminierung und Unterdrückung der Frau und die Trennung von Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft. Abgebaut wurde ebenso die Überheblich - keit der Funktionäre, die nun massenweise zur Umerziehung und zur Gewöhnung an körperliche Arbeit zu den Massen aufs Land zogen.

So war der "Große Sprung nach vorn" nicht nur ein wichtiger Schritt beim Aufbau des Sozialismus, sondern objektiv auch die erste praktische Kritik am Modernen Revisionismus, wie er in der SU nach dem Tod Stalins zur vollen Entfaltung gelangt war, und sich in entsprechender Weise in der Wirtschaftspolitik niederschlug. Diese gewaltigen Anstrengungen, die nur durch die politische Mobilisierung der Massen erreicht werden ko konnte, stießen aber auf den harten Widerstand der Revisionisten in der Partei, die die revisionistische Linie Chruschtschows in China durchsetzen wollten und damit objektiv dem Kapitalismus den Weg bereitet hätten.

Dabei wurden die Positionen der bürgerlichen Kräfte durch zwei Faktoren gestärkt: Erstens wurde das Land 1958 - 1960 von schwersten Naturkatastrophen heimgesucht, die riesige Verheerungen zur Folge hatten und in der Landwirtschaft einige große Mißernten brachten. Zweitens zog die SU, die nach dem Tode Stalins den Weg der Restauration des Kapitalismus eingeschlagen hatte, 1960 alle ihre Experten und Techniker als Reaktion auf die wirtschaftspolitische Linie der KPCh ab und stellte unter Brechung von mindestens 300 Verträgen die gesamte Unterstützung für China ein. Das fügte der chinesischen Wirtschaft schwersten Schaden zu und war zugleich ein offener Versuch, jene rechten bürgerlichen Kräfte in der chinesischen Führung und der KPCh zu stärken, die China ebenfalls auf den Weg der Restauration des Kapitalismus zwingen wollten.

Während die Revisionisten der VR China ohne die Unterstützung der SU den sicheren Untergang voraussagten, setzte Mao diesem kleinbürgerlichen Gerede die revolutionäre Losung "Auf die eigenen Kräfte vertrauen" entgegen, und hatte, wie die Geschichte zeigt, Erfolg.

Wie hart der Kampf und wie verzweifelt die Anstrengungen der REvisionisten waren, China vom sozialistischen Weg abzubringen und auf den kapitalistischen Weg zu lenken, mag ein Beispiel aus der Zeit des großen Sprungs veranschaulichen: Wang Chuang-mei, die Gattin Liu Shao-chi's, verbrachte einige Zeit auf dem Lande in einer Kommune. Kraft ihrer und der Stellung ihres Mannes setzte sie durch, daß in dieser Kommune das Prinzip der Eigenfinanzierung zugunsten der Unterstützung von außen aufgegeben wurde. Die schädlichste Folge davon war die Demobilisierung der Massen, die das Vertrauen in die eigene Kraft verloren. Gleichzeitig wurde im beschränkten Umfang der freie Markt und Privatparzellen wieder eingeführt, Investitionen mit staatlichen Mitteln durchgeführt und die Familie zur kleinsten ökonomischen Einheit erklärt - an Stelle des planvollen sozialistischen Aufbaus wurde die kapitalistische Anarchie wieder eingeführt. Dieses "Muster" wurde von ihr später in einer Broschüre propagiert und übte dadurch im ganzen Land schädlichen Einfluß aus und sagte der revolutionären Linie Maos den Kampf an. Natürlich war dieser Vorfall kein Einzelfall, sondern Teil des verzweifelten Widerstandes der REste der Bourgeoisie, der Feudalherren, ehemaligen reichen Bauern und der Handvoll, den kapitalistischen Weg gehenden Parteimachthaber.

In dieser durch die Naturkatastrophen und die Politik der SU verursachten schwierigen wirtschaftlichen Lage kam es zu mehreren Auseinandersetzungen innerhalb der Führung der KPCh über den einzuschlagenden Weg. Wenn sich auch in den meisten Fragen die revolutionäre Linie Mao Tse-tungs durchsetzte, so gelang es den

bürgerlichen Kräften einige wichtige Erfolge zu verbuchen. So wurden z.B. Prämiensysteme in Fabriken wieder-eingeführt oder die sog. "Barfuß-ärzte" wietgehend abgeschafft und in der Industrie den "Sachzwängen" der Vorrang eingeräumt.
Prinzipiell standen sich also zwei gänzlich entgegengesetzte Linien in der Politik gegenüber: auf der einen Seite die proletarische Linie mit ihrem schärfsten Verfechter Mao Tse-tung an der Spitze; sie stützte sich auf die breiten Massen der Werktätigen Chinas. Auf der anderen Seite die bürgerliche, kapitalistische Linie in ihrer sowjetrevisionistischen Spielart; sie war verankert bei den bürgerlichen Intellektuellen und Technikern und bei der Handvoll den kapitalistischen Weg gehenden Funktionären der KP. Unterstützt wurde sie von der alten Bourgeoisie, den Großgrundbesitzern und ehemals reichen Bauern, die das Rad der Geschichte mit Hilfe der Revisionisten zurückdrehen wollten.

## DIE BOURGEOISIE UNTER DER DIKTATUR DES PROLETARIATS

Was heißt es, wenn die chinesischen Kommunisten davon sprechen, daß die Revisionisten den Kapitalismus wieder einführen wollen, daß sie den kapitalistischen Weg gehende Funktionäre der Partei sind? Woher nimmt die politisch entmachtete Bourgeoisie ihre Kraft, immer wieder zu versuchen den Aufbau des Sozialismus zu torpedieren?
Die Möglichkeit dafür, daß die Revisionisten den Kapitalismus wieder einführen können, ist in den Widersprüchen der Übergangsperiode zum Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats selbst angelegt. Einerseits hat sie ihre Wurzeln in der fortexistierenden Kleinproduktion und in der fortexistierenden Bourgeoisie, die zwar das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln verloren hat, aber damit als Klasse noch lange nicht liquidiert ist. Andererseits hat sie ihre Grundlage in der mangelnden Vergesellschaftung auch der staatlichen Produktion, die nicht mit einem Schlag durch die Verstaatlichung aufhärt, Privatproduktion zu sein, in dem Sinne, daß die einzelnen Betriebe isoliert voneinander produzieren. Die Vergesellschaftung der Produktion und die Überwindung ihres nach wie vor fortdauernden privaten Charakters kann nur durch die ständige Mobilisierung und das ständige bewußte Vorwärtsschreiten des Proletariats als Klasse weitergetrieben werden. Das wichtigste Instrument der Arbeiterklasse hierzu ist ihr Staat, mit dessen Hilfe sie als Klasse über die Produktionsmittel verfügt und durch bewußte Planung den fortexistierenden privaten Charakter der Produktion zunehmend überwindet. Je geringer der Grad der Vergesellschaftung der Produktion, desto größer die Gefahr, daß sich in den Lücken der Vergesellschaftung eine staatliche Bürokratie ansiedelt, die von hieraus die bewußten Initiativen des Proletariats zur Vergesellschaftung hintertreibt und sabotiert. Träger dieser Sabotage sind sowahl die Kräfte im Staatsapparat, die die Aktivität der Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen durch bloße Kommandos ersetztn wollen, denen sich die Arbeiterklasse unterwerfen soll, als auch jene Kräfte, die auf Betriebsebene die Planerstellung und die Planerfüllung hintertreiben, indem sie falsche Angaben machen oder versuchen, den Plan nur den Buchstaben nach zu erfüllen, aber nicht entsprechend den gesellschaftlichen Notwendigkeiten.
Die Gefährlichkeit der bürgerlichen Politik in der Übergangsperiode wird aber nicht allein durch die überlieferten materiellen Verhältnisse, d.h. die in den Sozialismus hinübergerettete bürgerliche Ökonomie bewirkt, sie wird verstärkt durch die Macht der Gewohnheit die Macht der verbliebenen kulturellen Fähigkeiten und durch die Unterstützung der ausländischen Imperialisten, die immer auf eine bürgerliche Restauration hoffen und diese mit allen Mitteln unterstützen.

## DIE GROSSE PROLETARISCHE KULTURREVOLUTION

Auf der Basis der Weisung Maos "Auf die eigenen Kräfte vertrauen" wurde nach der großen Krise der Jahre 58-61 die Struktur der chinesischen Wirtschaft an die realen Verhältnisse angepaßt und die Krise in für bürgerliche Ökonomen überraschend kurzer Zeit überwunden. So wurde, von der Tatsache ausgehend, daß die VR China noch weitgehend ein Agrarland war, die Industrieproduktion so umorientiert, daß sie der Landwirtschaft direkte Hilfe bieten konnte, zugleich wurde dem Aufbau der

Leichtindustrie mehr Gewicht zugemessen. Die Leichtindustrie wurde v.a. in den ländlichen Gebieten auf der Ebene der Volkskommunen und Produktionsbrigaden eingerichtet.

Diese Politik führte zu der raschen Überwindung der Krise und darüber hinaus zu einer eindrucksvollen Aufwärtsbewegung; sie zeigte deutlich die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaft. Die Analyse der Fehler, die zur Krise geführt hatten, ergab aber auch drei Kriterien dafür, ob die Entwicklung zum Sozialismus oder Kapitalismus geht, gab die Widersprüche an, die überwunden werden müssen, wenn der Sozialismus aufgebaut werden soll. Widersprüche die solange vorhanden sind, bis der Kommunismus aufgebaut und die Klassen verschwunden sind. Widersprüche, gegen die der politische und ökonomische Kampf bis zur vollständigen Überwindung geführt werden muß.

Wird erstens der Widerspruch zwischen Arbeitern und Bauern überwunden?

Wird zweitens der Widerspruch zwischen Stadt und Land überwunden?

Wird drittens der Widerspruch zwischen Kopf- und Handarbeit überwunden?

Es zeigte sich, daß die Stadt als industrielles Zentrum immer mehr die Landwirtschaft beherrschte, und zwar in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht, wärend die Bauern private Nebenerwerbsgeschäfte betrieben und kapitalistische Tendenzen entwickelten. Ähnliche Tendenzen zeigten sich auch im industriellen Sektor: Prämiensysteme, also individuelle Anreize, sollten die Produktivität erhöhen. Die Trennung der Kopf- und Handarbeit existierte weiter fort. Die Spezialisten und Fachleute übten Führungsfunktionen über die Handarbeiter aus, die Ausbildungssysteme garantierten durch ihre teilweise Übernahme aus der vorhergehenden Ausbeutergesellschaft die Aufrechterhaltung dieser Trennung. Klarerweise mußten sich diese Widersprüche innerhalb der KP widerspiegeln, indem eine Anzahl von Funktionären den kapitalistischen Weg einschlugen, d.h. vor diesen Widersprüchen kapitulierten, anstatt sie durch die politische Massenmobilisierung Schritt für Schritt zu überwinden. Die Klassenanalyse wurde nicht genügend vorangetrieben, sondern im Gegenteil durch die "Theorie der vermittelten Widersprüche" ersetzt. Diese bürgerliche Theorie leugnete das Vorhandensein von Klassen und Klassenkampf im Sozialismus und verlangte von den Parteifunktionären, sich in der Industrie auf die"Fachmänner" zu stützen, und den "Sachzwänger", also den objektiv vorhandenen Widersprüchen nachzugeben.
Die Ausbildung in den Schulen und Hochschulen wurde nicht als ein Instrument zur Sicherung der Herrschaft des Proletariats angesehen,sondern nur zur Heranbildung von spezialisierten,engstirnigen Experten benutzt.Die höhere Ausbildung wurde in den Städten konzentriert und von "Spezialisten",die der alten Bourgeoisie angehörten,beherrscht. Die Aneignung der Macht in der Ausbildung und im Kulturellen Sektor durch die Arbeiterklasse ist aber eine der Grundvoraussetzungen für die Revolutionierung der Gesellschaft.Diese Widersprüche zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen Weg wurden Mitte der sechziger Jahre immer klarer.
Der Klassenkampf verschärfte sich.Kommunisten,die vor diesem Widerspruch blind blieben,wurden zwangsläufig zu Vertretern der revisionistischen,bürgerlichen Linie.Die Gefahr einer kapitalistischen Restauration,ähnlich wie in der Sowjetunion,wurde immer deutlicher. Mao Tse-tung erkannte ganz klar,daß nur durch die politische Mobilisierung des Proletariats und der Bauern die restaurativen Tendenzen aufgehalten und ein revolutionärer Prozeß in Gang gesetzt werden konnte,der die Widersprüche zwischen Stadt und Land und zwischen Hand-und Kopfarbeit grundsätzlich zu lösen vermochte.Nur durch eine umfassende Mobilisierung der breiten Massen der chinesischen Werktätigen und der revolutionären Jugendlichen und Intellektuellen konnte sich der Sozialismus in China weiterentwickeln.Diese Funktion der Großen Proletarischen Kulturrevolution ist auch im Statut der KPCh festgehalten,das am 9.Parteitag im Jahr 1969 angenommen wurde : "Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode.Diese ganze Geschichtsperiode hindurch existieren Klassen,Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe,existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus,existiert die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus,existiert die Drohung durch Umsturz und Aggression seitens des Imperialismus und des modernen Revisionismus.Solche Widersprüche können nur durch die marxistische Theorie über die Weiterführung der Revolution und durch die von ihr angeleitete Praxis gelöst werden.Die Große Proletarische Kulturrevolution in unserem Land ist gerade eine große politische Revolution,die das Proletariat unter den Bedingungen des Sozialismus gegen die Bourgeoisie und

alle andren Ausbeuterklassen durchführt."

## DIE LAGE DER ARBEITER IN DEN BETRIEBEN

Um die Frage zu beantworten, ob China nach der Kulturrevolution den kapitalistischen oder den sozialistischen Weg geht, ist es vor allem notwendig, die Lage der Arbeiter in den Betrieben zu untersuchen : haben die direkten Produzenten nun die Gewalt über die Produktionsmittel oder nicht ? Wird die Trennung von Kopf- und Handarbeit schrittweise aufgehoben ? Gibt es materielle Anreize oder arbeiten die Arbeiter aus Einsicht in die politische Notwendigkeit ? Wie sind die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Bauern ? Wird produziert um Gebrauchswerte herzustellen ?

## DAS VERHÄLTNIS VON KOPF UND HANDARBEIT

In der Großen Proletarischen Kulturrevolution war aus der Erkenntnis heraus, daß die Trennung von Kopf-und Handarbeit, von Theorie und Praxis einer der wichtigsten Hebel für die kapitalistische Restauration in der Sowjetunion gewesen waren, eine Massenbewegung für technische Neuerungen durch die Arbeiterklasse und für die Teilnahme der TEchniker an der Handarbeit entfaltet worden. Im Kapitalismus ist die Handarbeit den direkten Produktionsarbeitern und die Kopfarbeit den Technikern und Ingenieuren zugewiesen. Sie treffen alle Entscheidungen bezüglich des Produktionsprozesses, der Maschinen, der technischen Bestimmungen usw.; dies führt zu einer Unterordnung der Arbeiter unter die Techniker und Ingenieure als Vertreter der Kapitalisten. Die Trennung von Kopf-und Handarbeit ist also gleichzeitig Produktions-und Herrschaftsform. Im Verlauf der Kulturrevolution wurden von Arbeitern in den chinesischen Betrieben Dreierverbindungen von Arbeitern, Technikern und revolutionären Kadern, die für alle technischen Fragen zuständig sind, ins Leben gerufen. Mehr als 50 % der Mitglieder dieser Dreierverbindungen sind Handarbeiter. Andererseits nehmen die Techniker und Ingenieure an der Handarbeit teil. Dies führt immer mehr zur Aufhebung der Trennung von Kopf-und Handarbeit als eine Grundlage der Herrschaft bzw. der Restauration der Herrschaft der Bourgeoisie. Auf diese Weise wird die Schöpferkraft der Arbeiter voll zur Geltung gebracht und vielfältige und neuartige Ergebnisse gewonnen - der Konservativismus der Technik wird überwunden. Ein Beispiel aus dem Eisen- und Stahlwerk Nr. 3 von Schanghai mag dies veranschaulichen : Einer der wichtigsten Arbeiten beim Umbau der Siemens-Martin Anlage war die Versetzung von 2 Schornsteinen, 55 m hoch und pro Stück 230 t schwer, um 30 bzw. 41 Meter. Nach den herkömmlichen Verfahren hätte diese Arbeit ca. 50 Tage beansprucht. "Als die Meisterarbeiter der Kranwagenabteilung des mechanischen und elektrischen Betriebes davon hörten, stellten sie nach wiederholten Überprüfungen, die auf ihrer eigenen praktischen Erfahrung basierten, einen kühnen neuen Plan zu einer Vertikalbewegung auf. Nach diesem Plan sollten die Rohre gefahrlos und senkrecht zu ihren neuen Plätzen und Fundamenten befördert werden. Als dieser Plan bekannt gemacht wurde, schüttelten einige Ingenieure und Techniker ihre Köpfe und sagten, dies entbehre jeder theoretischen Grundlage. Andere waren deswegen skeptisch." (Peking Rundschau 4/1969) Nach harten ideologischen Auseinandersetzungen wurde der Plan der Arbeiter durchgeführt und die Schornsteine in 5 bzw. 8 Stunden versetzt. Hand in Hand mit der Übernahme der Führung durch die Arbeiterklasse bei den technischen Arbeiten in den Betrieben, geht eine Umstrukturierung der Hochschulen : Studenten werden nur mehr aufgenommen nach mindestens 3-jähriger Praxis in der Produktion und sie werden von ihren Arbeitskollegen zum Studium ausgewählt. Durch all diese Maßnahmen wird das Proletariat immer mehr nicht nur zum Träger des Praktischen, sondern auch des Theoretischen Wissens.

## LOHNFORMEN IN DER INDUSTRIE

Derzeit gibt es noch acht Lohnstufen: in der obersten sind die revolutionären Arbeiter, die an dem Befreiungskrieg teilgenommen haben; in der 7. sind die Arbeiterveteranen, die die längste Zeit im Betrieb sind; in der 6. sind die Techniker, die noch nicht revolutionär sind; in der 5. die Revolutionäre, die schon vor der Zeit der Kulturrevolution Funktionäre waren; in der 4. sind Arbeiter, die technische Schulen oder Hochschulen absolviert haben und die Funktionäre aus der Zeit nach der Kulturrevolution (diese haben freiwillig für diese Lohnstufe entschieden); in der 3. sind die Arbeiter mit Oberschulbildung; in der 2. sind die Lehrlinge im 2. Lehrjahr und in der 1. die Lehrlinge im 1. Lehrjahr. Die oberen 4 Stufen verschwinden mehr

und mehr, da die Arbeiterveteranen nach und nach das Pensionsalter erreichen, die Techniker der 6. Lohnstufe mehr und mehr revolutionär werden und sich dann freiwillig in die 4. Stufe eingliedern lassen und die revolutionären Funktionäre aus der Zeit vor der Kulturrevolution ebenso. Derzeit ist das Verhältnis von 3. zu 8. Stufe etwa 1 : 2. Die Lehrlinge erhalten zu ihrem Lohn noch Wohnung, Kost und Arbeitskleidung. Die Einstufung der Arbeiter wird jährlich durch Diskussionen in Betriebsversammlungen in den Werkshallen vorgenommen.

Der Sozialismus geht von der Grundannahme aus, daß jeder leistet, soviel er kann. Dies setzt natürlich ein hohes politisches Bewußtsein bei den einzelnen voraus. In ständiger politischer Arbeit heben die Arbeiter das ideologische und politische Niveau der Belegschaft an, führen den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und kritisieren die revisionistischen Fehler, die vor der Kulturrevolution gemacht worden waren. Die Arbeitsleistung des Einzelnen wird von niemandem kontrolliert und es gibt keinerlei Akkord- oder Prämiensystem, wie etwa in der Sowjetunion. Dies ist das typische Instrument der Kapitalisten zur Spaltung der Arbeiterklasse und zur Hebung der Arbeitsproduktivität. In der Kulturrevolution wurde die Wiedereinführung des Prämien- und Akkordsystems nach 1960 von den Arbeitern auf das Schärfste kritisiert und das oben erwähnte Lohnsystem geschaffen. Dies war ein weiterer bedeutender Schritt beim Aufbau des Sozialismus und zur Festigung der Diktatur des Proletariats.



In Verbindung mit dem Physikunterricht erklärt ein Lehrer den Schülern die Grundsätze der Struktur eines Handtraktors und dessen Bedienung. Dies ist lebendiger Anschauungsunterricht, durch den sich die Schüler das Gelernte leicht merken und es auch anwenden können.

# DIE MACHTSTRUKTUREN IM BETRIEB

Nach der Gründung der Volksrepublik China begann die Arbeiterklasse die Macht auch im ökonomischen Bereich durch Verstaatlichungen und Kollektivierung zu übernehmen. Das neue System des Plans verhindert Spekulation und Hortung und garantiert eine geregelte Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern. Ein großer Teil der alten Fachleute und Verwaltungsbeamten wurden übernommen und in ihrer Arbeit von der KP angeleitet und überwacht. Ebenso wurde es in den Fabriken mit den alten Direktoren und Technikern gemacht. Die leitenden Kader haben nun eine Doppelaufgabe : einerseits sollen sie die Produktion fördern und andererseits soll die Leitung so sein, daß sie von den Arbeitern selbst mehr und mehr übernommen werden kann. Wird der Gesichtspunkt der Förderung der Produktion bei Hintanstellen der Politik zu stark betont, so gehen die Kader den kapitalistischen Weg. Ähnliches gilt für die überbetrieblichen Kader: sie haben einerseits gute Planarbeit zu leisten, um den Anstieg der Produktion zu gewährleisten und die Entstehung eines Schwarzmarktes zu verhindern. Andererseits sind sie für die sozialistische Entwicklung von zwischenbetrieblichen Beziehungen verantwortlich. Wie diese auszusehen haben, darauf werden wir später noch zurückkommen. Auch hier gilt wieder: wird nur der erste Gesichtspunkt betrachtet, wird das Schwergewicht nur auf die Planarbeit gelegt, ist die Gefahr der kapitalistischen Restauration groß. Es entstehen Trusts ähnlich denen der kapitalistischen Länder und die Produktion wird in miteinander konkurrierende Branchen zerstückelt.
Kader, die den kapitalistischen Weg gehen, sind schon an ihrem Vokabular erkennbar: "Sachzwänge" gewinnen die Oberhand über politische Notwendigkeiten; die "Effizienz" ist wichtiger als der Zweck der Produktion; die Arbeiter brauchen "materielle Anreize" statt politischer Erziehung. Kapitalistische Leitungs- und Lohnsysteme dienen ihnen zum Vorbild.
Durch die Analyse der Verhältnisse in China und der Geschichte der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion fand die chinesische Arbeiterklasse und die KPCh unter der Leitung Mao Tse-Tungs den richtigen Weg zur Verhinderung der kapitalistischen Restauration: die Mobilisierung der breiten Massen der Arbeiter und der Bauern gegen die Kader, die den kapitalistischen Weg beschritten hatten. Diese Mobilisierung wurde durch mehrere groß angelegte Erziehungs- und Aufklärungskampagnen eingeleitet, wie beispielsweise der Kulturrevolution. Aus den Massenkämpfen der Werktätigen gingen die neuen proletarischen Machtorgane hervor: die Revolutionsausschüsse. Sie sind die Verwirklichung und Weiterentwicklung der Ideen der Pariser Kommune und ein wesentlicher Schritt beim Aufbau des Sozialismus.

# DER REVOLUTIONSAUSSCHUSS

Der Revolutionsausschuß wird von den Arbeitern eines Betriebs gewählt und ist jederzeit abwählbar. So wurde z.B. die Zusammensetzung des Revolutionsausschusses in einer Fabrik in Nordchina im Verlauf eines Jahres gleich 12 Mal geändert. Der Revolutionsausschuß besteht zu 50 % aus Arbeitern, den Rest bilden revolutionäre Funktionäre des Parteiausschusses und Angehörige der Volksbefreiungsarmee.
Die Mitglieder des Revolutionsausschusses sind zu 1/3 in der Verwaltung, zu 1/3 in der Produktion und zu 1/3 mit Untersuchungstätigkeit beschäftigt und wechseln sich dabei in regelmäßigen Zeitabständen ab. Der Parteiausschuss des jeweiligen Betriebes hat die politische Leitung im Revolutionsausschuß. Er wird von den Parteimitgliedern nach intensiven Diskussionen mit den Massen gewählt. Um die Entstehung einer Hierarchie zwischen Parteiausschuß und Revolutionsausschuß zu vermeiden, ist die Leitung des Parteiausschusses gleichzeitig die Leitung des Revolutionsausschusses. Alle diese Prinzipien gelten nicht nur für die Verwaltungseinheiten der Fabriken, sondern auch für alle anderen Verwaltungsgremien bis hinauf zur Provinzebene.

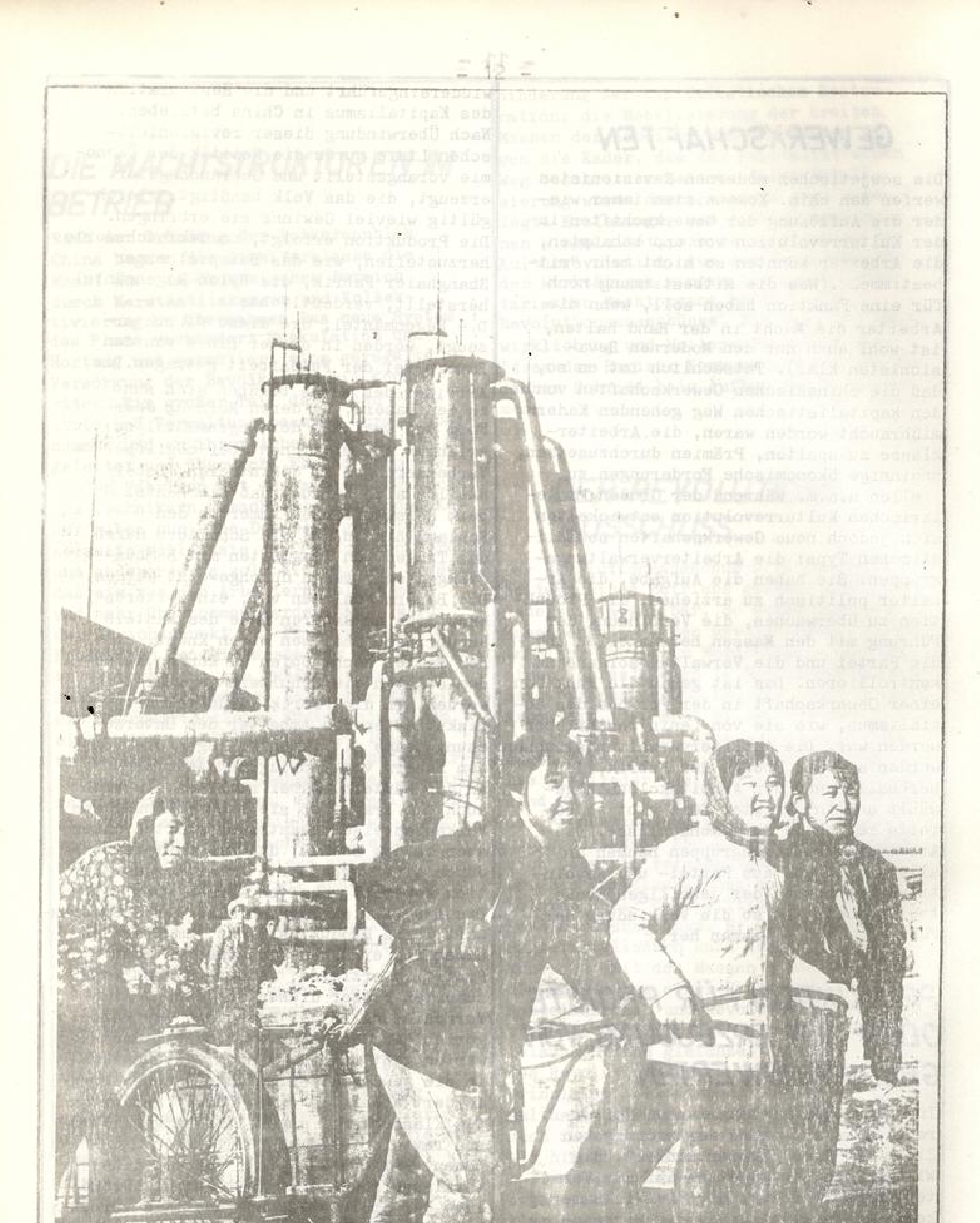
Die Auswirkungen dieser neuen Machtorgane auf die Verwaltung zeigen sich klar am Beispiel einer Pekinger Wirkwarenfabrik, in der 1400 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind: waren früher 229 Angestellte in der Verwaltung tätig, so sind es seit der Kulturrevolution nur mehr 29. Die 8 Abteilungen und 3 Büros wurden in zwei Gruppen umgestaltet, von denen die eine für politische Arbeit und die andere für die Produktion verantwortlich ist.

## GEWERKSCHAFTEN

Die sowjetischen modernen Revisionisten werfen den chin. Kommunisten immer wieder die Auflösung der Gewerkschaften in der Kulturrevolution vor und behaupten, die Arbeiter könnten so nicht mehr "mitbestimmen". (Was die Mitbestimmung noch für eine Funktion haben soll, wenn die Arbeiter die Macht in der Hand halten, ist wohl auch nur den Modernen Revisionisten klar). Tatsächlich ist es so, daß die chinesischen Gewerkschaften von den, den kapitalistischen Weg gehenden Kadern mißbraucht worden waren, die Arbeiterklasse zu spalten, Prämien durchzusetzen, unsinnige ökonomische Forderungen zu stellen u.a.m. Während der Großen Proletarischen Kulturrevolution entwickelten sich jedoch neue Gewerkschaften sozialistischen Typs: die Arbeiterverwaltungsgruppen. Sie haben die Aufgabe, die Arbeiter politisch zu erziehen, die Produktion zu überwachen, die Verbindung der Führung mit den Massen herzustellen und die Partei und die Verwaltungsorgane zu kontrollieren. Das ist genau die Funktion einer Gewerkschaft in der Periode des Sozialismus, wie sie von Lenin beschrieben worden war. Die Arbeiterverwaltungsgruppen werden auf den Ebenen der Fabrik, der Werkhallen und der Arbeitskolonnen gewählt und in jüngster Zeit gibt es bereits regionale Zusammenschlüsse. Die Arbeiterverwaltungsgruppen nehmen an allen Sitzungen des Partei- und Revolutionsausschusses der jeweiligen Ebene teil und stellen so die Verbindung der Führung mit den Massen her.

## PRODUKTION FÜR PROFITE ODER ZUR ERZEUGUNG VON GEBRAUCHSWERTEN

In der Großen Proletarischen Kulturrevolution war eines der wichtigsten Ziele im "Kampf zweier Linien", die Wirkung des Wertgesetzes auf die Verteilung der Produktion, die Wirksamkeit des Marktes, durch die Wirksamkeit politischer Forderungen aufzuheben. Die Verfechter der revisionistischen Linie meinten, jede Provinz, jede Produktionseinheit und jeder Betrieb solle sich auf die Erzeugung von Produkten konzentrieren, für die sie die günstigsten Preise erzielen könne. Die Revisionisten hätten damit das Gewinnstreben der kapitalistischen Wirtschaft wiedereingeführt und die Restauration des Kapitalismus in China betrieben. Nach Überwindung dieser revisionistischen Linie wurde die Politik der Ökonomie vorangestellt und Gebrauchsgüter erzeugt, die das Volk benötigt, gleichgültig wieviel Gewinne sie erbringen. Die Produktion erfolgt, um Gebrauchswerte herzustellen, wie das Beispiel einer Shanghaier Fabrik, die Nylon-Regenmäntel herstellt, verdeutlicht:
Die Regenmäntel, die diese Fabrik erzeugt, werden in erster Linie von den Bauern bei der Feldarbeit getragen. Die Arbeiter des Werks begaben sich nun zu den Bauern, um deren Meinung über Form und Qualität der Regenmäntel zu erfahren und mit ihnen über mögliche Verbesserungen zu diskutieren. Dabei stellte sich heraus, daß die Mäntel beim Reisumpflanzen immer in den Schlamm hingen und die Schultern durch das Tragen von Traglasten mit Bambusstangen sehr rasch durchgewetzt wurden. Die Bauern schlugen vor, ein weiteres Knopfloch am unteren Ende des Mantels anzubringen und oben einen Knopf, um den Mantel hochknöpfen zu können, außerdem sollten die Schultern verstärkt werden. In die Fabrik zurückgekehrt, diskutierten die Arbeiter des Untersuchungsteams mit ihren Kollegen die von den Bauern vorgeschlagenen Änderungen an den Mänteln. Dabei stellten sie sich auch die Frage, ob sie eine Erhöhung des Verkaufspreises beantragen sollten, kamen aber zu dem Schluß, daß die Kostpreise durch eine verbesserte Arbeitsorganisation konstant gehalten werden könnten. Die Arbeiter steigerten also den Gebrauchswert ihres Produktes nicht, um über den Umweg des erhöhten Tauschwertes mehr Profit zu erzielen, sondern um den Konsumenten besser dienen zu können. Die Verschiebung in der Bedeutung der Kategorien des Gebrauchswerts bzw. Tauschwertes geht natürlich nicht automatisch in die gewünschte Richtung, sondern erfordert ebenfalls einen bewußt geführten Klassenkampf gegen alle bürgerlichen und revisionistischen Positionen und Ideen. Entscheidend ist, daß die Arbeiterklasse sich immer mehr auf der Grundlage der proletarischen Ideologie vereinheitlicht.



Der revolutionäre Geist, mit Fleiß und Genügsamkeit die Fabrik zu betreiben, entwickelt sich weiterhin. Hier Hsü Schu-lan (*2. v. r.*), eine Mitbegründerin der pharmazeutischen Fabrik Djiangtscheng und stellvertretende Vorsitzende des Revolutionskomitees dieser Fabrik, zieht zusammen mit Arbeiterinnen einen Karren voller Abfälle, die bei der Produktion der Fabrik einen Teil der Rohstoffe darstellen.

## UNTER DER FÜHRUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI SCHREITET CHINA SIEGREICH IM AUFBAU DES SOZIALISMUS 'ORAN

Alle diese Umwandlungen und Änderungen erfolgen nicht spontan und von selbst. Sie sind nicht mechanisch bestimmt durch die Entwicklung der Produktion und der Produktivkräfte. Folglich können die vielfältigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritte, die die VR China seit 1949 und vor allem während der Großen Proletarischen Kulturrevolution gemacht hat, nur Resultat des Kampfes der Arbeiterklasse sein, die von der KP Chinas geführt wird. In diesem Kampf wird die gesellschaftliche Arbeitsteilung abgeschafft, werden die hierarchischen Beziehungen innerhalb der Produktionseinheit gesprengt, nehmen die Arbeiter Verwaltung und Technik in die eigenen Hände. Ein solcher Kampf wird politisch und ideologisch geführt. Er ist ein revolutionärer Kampf. Um zum Ziel zu kommen, braucht dieser Kampf die Einheit von Theorie und Praxis, eine korrekte Einschätzung aller Kampfbedingungen und eine richtige Analyse der möglichen Umwandlungen. Deshalb braucht dieser Kampf eine revolutionäre Führung. Die Kommunistische Partei Chinas ist eine solche Führung.

# DIE WELTWÆHRUNGSKRISE - AUSDRUCK VERSCHÄRFTER WIDERSPRÜCHE ZWISCHEN DEN IMPERIALISTISCHEN MÄCHTEN

Seit dem vollen Wirksamwerden des Währungsabkommens von Bretton Woods im Jahre 1958 hat es bis heute 10 Währungskrisen gegeben, die erste bereits im Oktober 1960, als die USA und 7 westeuropäische Länder auf dem Goldmarkt intervenieren mußten, um den Goldpreis auf dem offiziell festgelegten Niveau von 35 Dollar pro Feinunze zu halten. Im Jahre 1971 hatten die USA zum ersten Mal in diesem Jahrhundert ein Handelsdefizit. Die USA belegten ausländische Waren mit Sonderabgaben um eine Aufwertung der "starken" Währungen, insbesondere der DM und des Yen zu erzwingen und so eine Dollarabwertung zu vermeiden. Außerdem stellten sie am 15.8.71 die Konvertierung von Dollars in Gold ein, um ein weiteres Zusammenschmelzen ihrer Währungreserven zu verhindern. Trotzdem mußte der Dollar im Dezember 1971 das erste Mal seit 1934 abgewertet werden. Im Zuge der letzten Währungskrise Februar/März dieses Jahres wurde der Dollar weiter abgewertet. Diese Währungskrise hatte zur Folge daß das System der festen Wechselkurse weitgehend aufgegeben wurde. Auch in der bürgerlichen Presse liest man nun immer öfter von Befürchtungen über einen Handelskrieg. Das weist schon darauf hin, daß Währungskrisen keine bloß technischen Probleme sind, die mit Hilfe besserer Techniken gelöst werden können, sondern vielmehr Ausdruck der sich verschärfenden Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten. Das Entstehen und die Krisen dieses Währungssystems kann man nur verstehen, wenn man die Verhältnisse analysiert, aus denen heraus dieses System entstanden ist.

# DIE LAGE DER IMPERIALISTISCHEN LÄNDER NACH DEM II. WELTKRIEG

Der zweite Weltkrieg und seine unmittelbaren Folgen brachten eine entscheidende Einschränkung des imperialistischen Machtbereichs mit sich. Die "freie Welt" schmolz zusammen, der Sozialismus wurde zu einer immer ernsteren Bedrohung für den Imperialismus. Unter den imperialistischen Ländern besaßen die USA als einzige eine funktionierende Wirtschaft, die nicht zuwenig, sondern - auf den einheimischen Markt bezogen - zuviel produzierte und Abnehmer suchte; die nicht zuwenig, sondern zuviel Kapital aufwies, das dringend profitable Anlagemöglichkeiten im Ausland suchen mußte. Die anderen imperialistischen Mächte, u.a. England, Deutschland und Frankreich waren durch den Krieg arg geschwächt, hatten fast alle ihre ausländischen Investitionen und Guthaben verloren, waren sogar an ihre Kolonien schwer verschuldet und hatten einen großen Teil ihres Produktionsmittelstocks verloren. Es herrschte Knappheit an Rohstoffen und Lebensmittel. Die Herrschaft der Bourgeoisie in Westeuropa stand auf schwachen Beinen, und der Ausgang der Klassenkämpfe der Nachkriegszeit war für sie sehr ungewiß.

In dieser Situation mußten sich die westeuropäischen Länder in die Abhängigkeit vom US-Imperialismus begeben. Ohne Stützung durch die USA hätten es die Bourgeoisien in der BRD, Frankreich England etc. nicht zustande gebracht, die Produktion in diesen Ländern wieder in Gang zu setzen und die Profitwirtschaft auf dem Rücken der Arbeiterschaft zu restaurieren. Selbstverständlich hatten die USA ein Interesse an der Stabilisierung des Kapitalismus in den westeuropäischen Ländern, doch war ihre diesem Ziel gewidmete "Hilfeleistung" stets gekoppelt mit der Sicherung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen in Westeuropa. Die USA nützten diese Lage aus, um sich eine weltweite Vormachtstellung unter den imperialistischen Staaten zu erobern und sich zum Beschützer der "freien Welt" gegen den Kommunismus zu machen. In dieser Situation entstand das Weltwährungssystem der Nachkriegszeit. Diese Rolle der USA mußten die geschwächten Imperialisten in der BRD, Japan und anderen Ländern nolens volens akzeptieren, einerseits, weil die Übermacht der USA erdrückend war, andererseits, weil auch ihre Stellung durch die Arbeiterbewegung zu Hause und die Befreiungsbewegungen in der 3. Welt gefährdet war.

## WELTHANDEL UND WELTGELD

Damit die Warenzirkulation auf dem Weltmarkt reibungslos funktionieren kann, bedarf es eines Weltgeldes, d.h. eines Geldes, das auf dem Weltmarkt gegen alle Waren und gegen alle Währungen umtauschbar ist. Im 19. Jahrhundert erfüllte hauptsächlich Gold diese Funktion: schon geringe Mengen Gold hatten einen hohen Wert, es war leicht transponierbar, leicht lagerbar und leicht wägbar - das Gold wurde deshalb zu der Ware, die in aller Welt gegen alle anderen Waren austauschbar ist, und damit zum Weltgeld.

Gold als Weltgeld bringt allerdings den Nachteil mit sich, daß das Volumen des Welthandels durch die Menge des vorhandenen Goldes begrenzt ist. So begann sich mit dem immer mehr zunehmenden Handel gegen Ende des vorigen Jahrhunderts wegen der immer größeren Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise ein internationales Kreditsystem herauszubilden. Ähnlich wie auf den nationalen kapitalistischen Märkten wurde diese Schranke hier mit der Entwicklung des kapitalistischen Weltmarkts durch die Herausbildung eines internationalen Kreditsystems verschoben.

## DAS SYSTEM VON BRETTON WOODS

Das Weltwährungssystem, das sich nach dem 2. Weltkrieg herausbildete, war im Prinzip ein kompliziertes Kreditsystem. Es ist jedoch kein "neutrales" System, das über den kapitalistischen Staaten steht,

sondern der Ausdruck der Kräfteverhältnisse zwischen ihnen. Aufgrund ihrer absoluten Vormachtstellung diktierten die USA 1944 den anderen kapitalistischen Ländern das Abkommen von Bretton Woods: der Dollar wurde zum Weltgeld.
Nun zirkulierte nicht mehr nur Gold auf dem Weltmarkt als Weltgeld, sondern auch und zunehmend bloße Papierscheine, die auf Dollars lauteten. Das Federal Reserve Board der USA, dem in gewisser Hinsicht die Funktion einer Welt-Zentralbank zukommt, gab nun nicht mehr Gold als Zahlungsmittel aus, sondern Dollars, Anweisungen auf Gold; mit der Ausgabe der Dollarnote versprach das Federal Reserve Board dem Inhaber dieser Banknote, auf Verlangen die Banknote in Gold umzutauschen. Die Banknotenausgabe stellt also eine Form von Kreditaufnahme durch das Federal Reserve Board dar, und der Dollar einen Schuldschein.
Das Weltgeld war also nun nicht mehr Geld, sondern Anweisungen auf Gold, mit denen man alle Waren und Währungen kaufen konnte. Das Federal Reserve Board gab aber nun mehr Dollarnoten aus, als es Goldreserven besaß, das heißt, die latenten Goldforderungen in Form von Dollars wurden größer als das tatsächlich vorhandene Geld. Damit war erreicht, daß der Welthandel nicht mehr durch die vorhandene Goldmenge begrenzt war. Solange die Zirkulation auf dem Weltmarkt normal funktioniert, macht es aber nichts aus, daß nur ein Teil der Dollars durch Gold gedeckt ist, denn normalerweise dient der Dollar dazu, die verschiedenen benötigten Waren auf dem Weltmarkt zu kaufen, nicht aber in Gold umgetauscht zu werden. Bei jeder Störung der Zirkulation auf dem Weltmarkt besteht die Gefahr, daß bei jeder Krise der amerikanischen Wirtschaft auf einmal eine zu große Zahl von Dollarbesitzern die Umwandlung ihrer Dollars in Gold, d.h. die Einlösung des Zahlungsversprechens fordert, um der Gefahr von Kursverlusten des Dollars zu entgehen und das Geld in Gold anzulegen, das viel wertsicherer als die verschiedenen nationalen Währungen ist. Die Folge ist, daß das Federal Reserve Board nicht mehr imstande sein kann, alle Forderungen zu befriedigen, weil die Goldreserven nicht ausreichen.

Eine solche Gefahr stellt sich bei jeder Weltwährungskrise ein, was bewirkte, daß die Goldreserven der USA nach dem Weltkrieg im Zuge der zahlreichen Krisen auf die Hälfte zusammenschmolzen und die USA schließlich den Eintausch von Dollars in Gold 1971 sogar ganz einstellen mußten, was einer Erklärung der Zahlungsunfähigkeit gleich kam.
Im Abkommen von Bretton Woods wurde die Dollar-Gold Parität mit 35 Dollar pro Feinunze festgelegt. Alle anderen Währungen legten ihre Parität im Verhältnis zum Dollar fest. Der Dollar war somit die einzige Währung, die in Gold konvertierbar war. Gleichzeitig wurden die Paritäten weitgehend von den Interessen der USA entsprechend ihrer Vormachtstellung diktiert. Dieses System brachte den USA erhebliche Vorteile: sie konnten selbst Dollarnoten drukken und damit in aller Welt Waren kaufen. Das heißt nichts anderes, als daß sie faktisch in allen kapitalistischen Staaten fast unbegrenzt Kredite aufnehmen können, die sie mit selbstgedruckten Dollars begleichen. Mit Hilfe des Dollars konnten die USA so in alle kapitalistischen Länder der Welt Kapital exportieren, Wirtschafts- und Militär-"Hilfe" senden usw. Ihre Besatzungstruppen im Ausland können sich mit Hilfe des Dollars mit ausländischen Waren versorgen.
Die USA machten von all diesen Möglichkeiten ausgiebig Gebrauch, was dazu führte, daß die anfängliche Dollarknappheit bald aufhörte und besonders in Europa eine große Menge Dollars zirkulierte und zirkuliert, die nur zum Teil von europäischen Zentralbanken als Devisenreserven gehalten werden.

## DIE UNGLEICHMÄSSIGKEIT DER ENTWICKLUNG DES IMPERIALISMUS

Das Kräfteverhältnis, das zu Ende des 2. Weltkriegs herrschte, veränderte sich jedoch im Laufe der Zeit. Die USA konnten ihren Vorsprung insbesondere gegenüber der BRD und Japan nicht halten. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts je Beschäftigtem betrug von 1950 bis 1960 in den USA 2,8%, in der BRD 6,2%, in Japan 7,1%. Die Werte für 1960 bis

1965 sind 2,9%, 4,1% und 8,3%.
Ähnlich bei der Produktivitätsentwicklung: setzt man das Produktionsergebnis je Beschäftigtem im Jahre 1967 = 100, so ergibt sich demgegenüber für 1970 folgendes Bild: USA - 104,6; BRD - 120,6; Japan - 144,6. (Quellen:OECD)
Zu Ende des 2. Weltkrieges hatten die USA den größten Vorsprung vor allen anderen kapitalistischen Ländern, Japan war das zurückgebliebenste Land. Es zeigt sich deutlich, daß die zurückgebliebenen Länder immer mehr die Produktivität der USA einholten. Hohe Produktivität senkt aber die Kosten und ermöglicht es den betreffenden nationalen Kapitalen, ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu verbessern. So ist es v.a. Japan und der BRD gelungen, ihren Weltmarktanteil auf Kosten der USA zu verbessern.
Wie kam es zu dieser Ungleichmäßigkeit der Entwicklung?
3 Umstände waren für die Entwicklung der BRD maßgebend.
1. die ungeheure Kapitalvernichtung durch den Weltkrieg. Dies schuf eine starke Nachfrage nach Kapital und Produktionsmitteln. Dies erlaubt bis 1966 eine schnelle Expansion des Kapitals auf dem inneren Markt und lockte ausländisches Kapital an.
2. hohe Ausbeutungsrate. Dies war möglich durch die Unterdrückung und Schwächung der Arbeiterklasse nach 1945.
3. Kredite und Kapitalexport der USA. Dies deckte einerseits den hohen Kapitalbedarf und brachte andererseits amerikanische Produktions- und Ausbeutungstechniken in die BRD, so daß auch nach und nach der "technological gap" zwischen den USA und der BRD geschlossen werden konnte.
Diese günstigen Bedingungen erlaubten bis zur Krise 1966/67 eine schnelle Expansion des westdeutschen Kapitals. Die Krise 66/67 konnte allerdings nur mehr durch eine verstärkte Expansion nach außen auf Kosten anderer kapitalistischer Länder überwunden werden: der innere Markt war zu eng geworden. Das westdeutsche Kapital startete eine großangelegte Exportoffensive um seine Weltmarktposition weiter zu verbessern. Zugleich begann das erste Mal in der deutsahen Geschichte nach dem 2. Weltkrieg ein bedeutender Kapitalexport. Das deutsche Kapital konnte aber seine Position auf dem Weltmarkt nur verbessern, indem es die Kosten seiner Waren möglichst reduzierte, was verschärfte Ausbeutung und Unterdrükkung der Arbeiterklasse im eigenen Land zur Folge hatte. Von 1952 an erzielte die BRD aufgrund ihrer günstigen Entwicklung einen Exportüberschuß, der auf der anderen Seite einen dauernden Netto-Zustrom an ausländischen Zahlungsmitteln bewirkte, also einen Zahlungsbilanzüberschuß. Die Devisenreserven der Zentralbank stiegen stark an.
Ähnliche Bedingungen lagen in Japan vor, mit der Ausnahme, daß die japanischen Kapitalisten kein ausländisches Kapital nach Japan einströmen ließen. Die Ausbeutung der Arbeiterklasse war und ist extrem hoch. Neidisch sprechen die US-Kapitalisten daher von den "eager beaver workers" (bienenemsigen Arbeitern) in Japan.
Demgegenüber waren in den USA derartige Voraussetzungen nicht gegeben. Zu Kriegsende hatten die USA, die unter keinen Kriegsfolgen zu leiden hatten, bereits eine hochentwickelte Industrie und einen drohenden Kapitalüberfluß. Das Kapital floß ins Ausland, zu einem großen Teil nach Westeuropa, wo es bessere Anlagemöglichkeiten vorfand als im eigenen Land.

## DIE AUSWIRKUNGEN AUF DAS WÄHRUNGSSYSTEM

Das Währungssystem, das 1944 unter den Bedingungen der absoluten Vorherrschaft der USA geschaffen wurde, mußte immer mehr in Widerspruch geraten zu den inzwischen veränderten wirklichen Kräfteverhältnissen. Das müssen auch die amerikanischen Kapitalisten einsehen: "1944 diktierte Amerika mit Hilfe des brillanten Briten John Meynard Keynes praktisch die Form und den Inhalt des Weltwährungssystems während der Verhandlungen in Bretton Woods, New Hampshire. Wenn das gegenwärtige System überholt ist, wird es wahrscheinlich weniger Diktat und mehr Kompromiß geben."(Wall Street Journal, zit. nach Herald Tribune 15. 2.73).
Der relativen Abnahme der Nachfrage nach US-Waren und der relativ steigenden Nachfrage nach westdeutschen und japanischen Waren entspricht eine sinkende Nachfrage nach US-

Dollars und eine steigende Nachfrage nach DM und Yen: so wird sich z.B. der deutsche Exporteur seine exportierten Waren entweder in DM zahlen lassen oder er muß erhaltene Fremdwährungen nachträglich in DM umtauschen, da er ja sein Kapital in Produktionsmittel und Arbeitskraft zu verwandeln muß, die er hauptsächlich in Deutschland kauft. In beiden Fällen hängt die Nachfrage nach DM direkt mit der Nachfrage nach deutschen Waren auf dem Weltmarkt zusammen.
Nun hat sich, wie gezeigt wurde, die Nachfrage nach amerikanischen Waren auf dem Weltmarkt relativ verringert. Entsprechend sank die Nachfrage nach Dollars und es entstand ein Überangebot an Dollars. Die Dollarbesitzer wollten daher ihre Dollars loswerden, da aber anfangs noch nicht so klar war, welche Währungen die harten sind, und aufgrund von Spekulationen gegen den Dollar, suchten sie zunächst ihre Dollars vor allem in Gold umzutauschen. Diese verstärkte Nachfrage nach Gold drohte den Goldpreis über den offiziellen Preis von 35 Dollar pro Feinunze zu treiben, was 1960 zur ersten Dollarkrise führte. Die USA mußten mit 7 europäischen Ländern den "Goldpool" organisieren, um zur Stützung des Dollarkurses gegenüber dem Gold intervenieren zu können.
Gegen Ender der 60er Jahre stellte sich aber die DM als harte Währung heraus, da die Nachfrage nach deutschen Waren dauernd stieg. Von da an ging der "run" nun nicht mehr nur vom Dollar zum Gold, sondern mehr und mehr auch zur DM (Ähnliches gilt für den Yen).
Bei einem System freier Wechselkurse würde das zur Folge haben, daß die Parität der DM gegenüber dem Dollar steigt. Um aber, wie es dem Abkommen von Bretton Woods entspricht, feste Kurse als Kalkulationsbasis zu halten, war die deutsche Zentralbank gezwungen, zugunsten des Dollars zu intervenieren: sie mußte von den Devisenhändlern Dollars gegen DM aufnehmen, d.h. "schlechte" Dollars für "gute" DM. Durch solche Maßnahmen soll die DM-Nachfrage und das Dollarangebot verringert werden, wodurch sich mit einer gewissen Toleranz der festgesetzte Wechselkurs wieder einpendeln kann.
Solche Transaktionen erreichen in der Regel Höhen von mehreren Mrd. Dollar. Wenn aber ruchbar wird, daß der Dollar weiterhin auf schwachen Beinen steht, so setzt erst recht ein Sturm der Spekulanten auf die DM ein, was schließlich alle Interventionskäufe wirkungslos machen muß. Die Devisenbörse wird geschlossen und es erfolgt eine DM-Aufwertung oder eine Dollarabwertung. Genau das trat 1969 ein und die DM mußte aufgewertet werden: 1971 mußte der Eintausch von Dollar in Gold eingestellt werden, wenig später wurde der Dollar abgewertet, das zweite Mal wurde er am 12. Februar 1973 abgewertet.

## DIE FOLGEN VON AUF- UND ABWERTUNGEN

Eine DM - Aufwertung hat zur Folge, daß die westdeeutschen Exporte teurer werden, die Importe in die BRD dagegen billiger. Die Wettbewerbssituation der BRD verschlechtert sich also gegenüber anderen Ländern. Deshalb wehren sich die westdeutschen Kapitalisten, die ihre Expansion auf dem Weltmarkt fortsetzen wollen, immer so lange wie möglich gegen eine Aufwertung. Dagegen verbessern sich allerdings die Möglichkeiten von Kapitalexporten, insofern der Außenwert der Währung, die Menge an Produktionsmittel und Arbeitskraft, die man mit einer bestimmten Summe DM im Ausland kaufen kann, stützt. Eine Dollar Abwertung hat zur Folge, daß die Exporte auf dem Weltmarkt sich verbilligen, daß die Wettbewerbssituation der USA sich also verbessert. Hingegen verschlechtern sich jedoch die Möglichkeiten des Kapitalsexports, auf den die amerikanischen Kapitalisten stark orientiert sind. Außerdem verteuern sich die Importe, was für die USA ein großes Problem ist, da sie weitgehend auf den Import von Rohstoffen und Energie angewiesen sind. Die Energiekrise der USA kann sich daher durch eine Dollarabwertung nur noch mehr verschärfen.
Es ist klar, daß eine Dollarabwertung dem wackeligen Weltwährungssystem einen weiteren Stoß versetzt: der Dollar wird immer weniger als Weltgeld akzeptiert, das System von Bretton Woods bricht zusammen. Die USA verlieren jene Vorteile, die sie aus der Rolle des Dollars als Welt-

geld gezogen haben. Anderseits sind aber von einer Abwertung auch die im Ausland zirkulierenden Dollars betroffen, die sich zum Teil in ausländischen Händen befinden. Die Besitzer dieser Dollars müssen natürlich für die kapitalistische Mißwirtschaf' der USA mitbezahlen. Hier ist auch ein Punkt, wo die USA gewissen Druck auf das Ausland ausüben können.

## LÖSUNG DER WELT-WÄHRUNGSKRISE ?

Das Weltwährungssystem ist kein neutrales, über den kapitalistischen Ländern stehendes System. Es ist vielmehr Ausdruck der einander widersprechenden Interessen der imperialistischen Länder. Die USA haben nie gezögert, dieses Instrument in ihrem Interesse einzusetzen, auch wenn dadurch das Funktionieren des Systems selbst in Frage gestellt war. Im Gegenteil, sie versuchen noch immer mit allen Mitteln, eine ausländische Unterstützung des US - Dollars und des US - Imperialismus zu erzwingen. Die Interessen der anderen imperialistischen Länder sind zwiespältig: einerseits tragen die US - Imperialisten die Hauptlast des imperialistischen Abwehrkampfes gegen die nationalen Befreiungsbewegungen, an deren Niederschlagung alle Imperialisten ein Interesse haben, und insofern sind sie bereit, den Dollar und damit die Rüstungsausgaben der USA zu einem gewissen Grad zu stützen; anderseits ist die für die nationalen Kapitale notwendige Expansion auf dem Weltmarkt hauptsächlich gegen die Position der USA gerichtet, und deshalb sind sie an einer Schwächung der USA interessiert, um ihre eigene Position auszubauen. In der jüngsten Währungskrise hat sich gezeigt, daß die westeuropäischen Länder, obwohl untereinander auch uneinig, immer weniger bereit sind, den Dollar zu stützen. Anderseits zeigen sich die USA nicht gewillt,, freiwillig ihre Position aufzugeben. Die Forderungen der 9 EWG-Länder, daß die USA selbst Maßnahmen zur Stützung des Dollars ergreifen sollten, lehnte am 9.März der US-Finanzminister Shultz ab und forderte stattdessen, die EWG sollte den Import von US-Waren in ihren Raum erleichtern. Die USA sind auch nicht bereit, nach Abschluß des Waffenstillstandsabkommens für Vietnam ihre Rüstungsausgaben, die wesentlich zur Verschärfung der Währungskrisen beitragen, einzuschränken. Im Gegenteil, sie bereiten sich schon auf neue militärische Abenteuer vor: für das Fiskaljahr 1974 (1.Juli 73-31.Juni 74) sind 81,1 Mrd. Dollar für "Landesverteidigung" vorgesehen, d.s. 6% mehr als im Vorjahr und nominell sind diese Ausgaben die höchsten in der Geschichte der USA überhaupt! Gerade diese Militärmaschinerie, die der US-Imperialismus braucht, um seine Herrschaft zu verteidigen, zieht ihn noch tiefer in die wirtschaftliche Krise hinein, was ihn zu immer wahnwitzigeren Abenteuern treiben wird. Nach der Konferenz von Paris im März d,J. hat das Währungssystem von Bretton Woods praktisch aufgehört zu bestehen. Das System der festen Wechselkurse wurde praktisch aufgegeben, die Stellung des Dollars als Leitwährung ist weitgehend ausgehöhlt. Es ist denkbar, daß in Zukunft eine andere Währung faktisch die Rolle des Weltgeldes spielen wird, etwa die DM oder der Yen. Es wird aber nie ein stabiles Währungssystem geben, da die Verhältnisse zwischen den imperialistischen Ländern nicht stabil sind, sondern sich dauernd verändern und von Interessensgegensätzen bestimmt sind. Ähnliches gilt von dem Vorschlag, eine internationale Zentralbank zu gründen: sie wäre nur wieder das Instrument der jeweils stärksten imperialistischen Mächte.

Ein Zusammenbruch des Weltwährungssytems würde aus jeden Fall den Zusammenbruch des kapitalistischen Weltmarktes bedeuten und eine Weltwirtschaftskrise verursachen. Allein aufgrund der vergangenen Weltwährungskrisen läßt sich aber ein solcher Fall nicht vorhersagen.

Die Weltwährungskrisen sind Ausdruck der sich verschärfenden Widersprüche unter den imperialistischen Ländern. Nachdem mit dem Ende der Rekonstruktionsperiode die inneren Märkte gesättigt sind, können die nationalen Kapitale nur mehr nach außen expandieren, und das nur auf Kosten anderer nationaler Kapitale. Um aber ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen, müssen die Kapitalisten die Ausbeutung der Arbeiterklasse im eigenen Land verschärfen. Es ist kein Zufall, daß in der BRD gerade nach der Rezession 1966/67 eine verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes einsetzte. In den letzten Jahren verstärkt sich in allen imperialistischen Ländern

die Unterdrückung der Arbeiterklasse: Lohn-und Preisstops in den USA und in England (die faktisch nur Lohnstops sind), konzertierte Aktion in der BRD usw. In Österreich wurde zwischen Gewerkschaftsbund und Wirtschaftskammer das Stabilisierungsabkommen abgeschlossen: die Preise steigen mit Rekordgeschwindigkeit, die Löhne stagnieren.

Die Imperialisten tragen ihre Machtkämpfe auf dem Rücken der Arbeiterklasse aus: gerade das verschärft aber die Widersprüche zwischen Kapitalisten einerseits und Arbeiterklasse und Volk anderseits. Das imperialistische System bereitet so seinen eigenen völligen Zerfall vor.

# STREIK AN DER KUNSTAKADEMIE

Die Studenten an der Wiener Kunstakademie haben vom 26.3. bis 28.3. einen Warnstreik durchgeführt. Damit nehmen sie aktiv den Kampf gegen den repressiven Lehrbetrieb und die reaktionären Professoren, die sich in einem Berufungsverfahren mit beispielloser Arroganz über die Wünsche der Studenten hinweggesetzt hatten, auf.

## WAS WAR GESCHEHEN

In der Frage der Neubesetzung der Meisterschule für Architektur nach dem Abgang von Prof. Plischke haben die Studenten eine öffentliche Ausschreibung verlangt. Dies wurde aber vom Professorenkollegium abgelehnt, ebenso wie die zweite Forderung der Studenten, die ein informatives Kontaktgespräch mit den vorgesehenen Kandidaten beinhaltete. Daraufhin besetzten die Studenten den Sitzungssaal, um gegen dieses Verhalten der Professoren zu protestieren. Die Sitzung wurde ins Rektorat verlegt, den Studenten mit Gewalt der Eintritt verweigert, und der Dreiervorschlag der Professoren mit Hilfe der Stapo (die Rektor Melcher inzwischen gerufen hatte) durchgedrückt.

## DIE STUDENTEN NEHMEN DEN KAMPF GEGEN DEN AUTORITÄREN REKTOR MELCHER UND DIE REAKTIONÄREN PROFESSOREN AUF

Dieser Vorfall war das auslösende Moment dafür, daß sich Studenten aller Studienrichtungen der Kunstakademie bei der Vollversammlung am 19.3. eingefunden und einstimmig einen 3-tägigen aktiven Warnstreik beschlossen. Der Streik sollte die Aufgabe haben, den Lehrbetrieb zu blockieren, sich stärker zusammenzuschließen und den Forderungen der Studenten auch öffentlich Nachdruck zu verleihen. Die Presse wurde informiert, und 3 Arbeitsgruppen (öffentliche Arbeit, Ausbildungskritik, Demokratischer Kampf), die aber voneinander sehr losgelöst waren, gebildet. Die Bildung eines Streikkomitees wurde dem Zufall überlassen.

## WAS WAREN DIE KONKRETEN FORDERUNGEN DER KUNSTSTUDENTEN

Absetzung des reaktionären Rektors Melcher
Öffnung der Meisterklassen
Abschaffung der Testur
Mitbestimmung der Kriterien für die Stipendienvergabe
Durchführung ordentlicher Berufungsverfahren

An der Akademie d. Bildenden Künste sind alle Studenten in geschlossenen Meisterklassen erfaßt, meist nach Studienrichtungen. Die Aufnahmsprüfungen, die geschlossenen Meisterklassen, die totale Abhängigkeit von einem Meister und der Testur, das alles läuft auf einen unausgesprochenen Numerus Clausus hinaus. Mit Hilfe der

Meisterklassen und der Testur kann der Professor eigenmächtig alle Arbeiten der Studenten ablehnen: er wird alle jene Arbeiten als "Kunst" nicht anerkennen, die seiner reaktionären Vorstellung von Kunst und Gesellschaft nicht entsprechen. Damit entscheidet er darüber, ob der Student sein Studium fortsetzen kann oder nicht, ob er weiterhin ein Stipendium erhält oder nicht.

## FÜR DEN GEMEINSAMEN KAMPF DER STUDENTEN UM DEMOKRATISCHE RECHTE

Es ist klar, daß dieses reaktionäre System durch die geschlossenen Meisterklassen und die ökonomische und ideologische Abhängigkeit des Studenten von seinem "Meister" jede Kritik im Keim erstickt. Der Kampf der Studenten an der Akademie richtet sich gegen dieses repressive Meisterschulsystem und seine reaktionären Professoren. Die Forderungen nach Öffnung der Meisterklassen und Abschaffung der Testur sind demokratische Forderungen. Im Kampf um diese Forderungen werden große Teile der Studenten erkennen, daß die repressive Struktur der Akademie kein Zufall ist, nicht isoliert von der herrschenden reaktionären Kunstauffassung als Teil der bürgerlichen Ideologie zu betrachten sind. Sie werden die Notwendigkeit erkennen, daß ihr Kampf um demokratische Rechte nur konsequent geführt werden kann, wenn er die politischen Zusammenhänge aufzeigt und in der Folge grundsätzlich gegen einen Lehrbetrieb gerichtet wird, der letzten Endes vom Interesse der herrschenden Klassen bestimmt ist.

Von vielen Studenten an der Akademie wird die Repression zwar als ideologische und ökonomische, aber noch nicht als politische erkannt. Sie sehen zwar die Notwendigkeit sich zu organisieren, aber sie bleiben noch in den Kinderschuhen des Subjektivismus und Spontanismus stecken. Die sich immer wiederholenden Streiks und Unruhen beweisen, daß, wenn es nicht gelingt, der Bewegung politischen Inhalt zu geben, sie sofort abflaut und erfolglos bleibt. Was zurückbleibt sind Forderungen, die nicht realisiert werden, und Resignation. Daraus muß die Lehre gezogen werden, daß der Kampf gegen die reaktionären Professoren gleichzeitig ein Kampf gegen abwieglerische, subjektivistische und spontanistische Tendenzen unter den Studenten sein muß, die die Studenten in der Vereinzelung halten, anstatt sie zu organisieren. Die Einsetzung eines Streikkomitees hätte diese Vereinheitlichung gewährleistet und die Stoßkraft der Bewegung vervielfacht. Die Forderungen müssen politisch (also inhaltlich und nicht wie bis jetzt immer formal) argumentiert werden. Der Zusammenhang der Kämpfe der Studenten an den Hochschulen muß auf einer politischen Ebene hergestellt werden, damit der isolierte Charakter überwunden werden kann.

Unterstützen wir die Akademiestudenten in ihrem gerechten Kampf um demokratische Rechte!



# PÆDAGOGIKSTUDENTEN

## KAMPF GEGEN DIE VERSCHÄRFUNG DES STUDIUMS

### BERICHT AUS DER IG PÄDAGOGIK

Die Studenten im Proseminar I des Pädagogischen Instituts haben den Kampf gegen die Verschulung und zunehmende Reglementierung des Studiums aufgenommen. In diesem Semester sollte für die Studienanfänger ein "völlig neuer Typ von Proseminar" eingeführt werden: 50 % der Veranstaltung besteht aus "Tests" (jede zweite Woche), jede erste Woche dürfen Fragen zum Verständnis der Hausaufgaben (gesamter Lernstoff des Semesters) gestellt werden, was dann Diskussion heißt. Wer beim ersten Test nicht 70 % der Fragen richtig beantwortet, fliegt überhaupt raus. Zu Semesterende müssen außerdem noch schriftliche Arbeit und mündliche Prüfung absolviert werden, damit man einen Schein bekommt. Beurteilungsgrundlage sind allerdings nur die Ergebnisse des Tests.

Diese Maßnahmen haben eine eindeutige Stoßrichtung:

- Die Auseinandersetzung mit den Lehrinhalten wird faktisch unmöglich, stattdessen muß auswendig gelernt werden. Durch den ständigen Prüfungsdruck ist eine Diskussion über das, was "studiert" wird, ausgeschlossen.
- Die Auslesequote wird ungeheuer steigen, viele Kollgen werden ein Semester verlieren.

Das neue Proseminar erfüllt somit zwei Funktionen: es dient einerseits der "natürlichen Auslese", indem durch einen versteckten numerus clausus gleich zu Beginn des Studiums die Anzahl der Pädagogikstudenten reduziert werden soll - andererseits fungiert es als Instrument ideologischer Gleichschaltung. Denn die Tests sind so aufgebaut, daß die Studenten auswendig gelernte Wertkombinationen automatisch wiedergeben müssen oder die "richtige" Antwort ankreuzen. Wer von anderen Voraussetzungen ausgeht, wer die Absichten der reaktionären Pädagogik nicht voll und ganz übernimmt, kann das vorgegebene Frageschema nicht beantworten. Als "Objektivierung der Leistungskontrolle" wird dieses Verfahren bezeichnet und dies haben die Professoren der Lehrkanzel I des Pädagogischen Instituts mit Ordinarius Heitger an der Spitze auch dringend nötig: denn hier wird bürgerliche Wissenschaft in offen reaktionärer Form betrieben, wird religiöse Spintisiererei ("Absolutes Wissen kommt nur Gott zu", Heitger im ORF-Lehrgang Erziehen, Lehren, Lernen) mit Ruhe-und-Ordnung-Ideologie ("weil zum Recht gezwungen werden kann und muß", Heitger ebendort) vereint. Wo aber wie hier der Unsinn und die Unfähigkeit der bürgerlichen Wissenschaft derart offensichtlich wird, erhebt sich Unruhe unter den Studenten, führen die Widersprüche zu Konflikten, in denen die Studenten den Charakter der bürgerlichen Wissenschaft zu durchschauen beginnen und erkennen, daß diese Wissenschaft den Interessen der Herrschenden in unserer Gesellschaft, den Interessen des Kapitals, dient. Die Repräsentanten der bürgerlichen Wissenschaft, die reaktionären Professoren, sind daher gezwungen, jede Bewegung unter den Studenten zu verhindern, die den Erfolg ihrer ideologischen Bemühungen im Dienste des Kapitals gefährden könnte.

### DIE TESTS DIENEN DER VERHINDERUNG JEDER KRITIK

Die Kollegen im Proseminar I haben das genau erkannt und boykottierten den ersten Test. In einer Resolution wenden sie sich gegen den versteckten numerus clausus und die willkürliche Selektion, gegen die Verschulung der Lehrveranstaltungen, gegen die autoritären Entscheidungen der Professoren über die Form der Lehrveranstaltungen, die über die Köpfe der Studenten hinweg getroffen werden. Sie schreiben:

## WIR WENDEN UNS ENTSCHIEDEN GEGEN DAS PROSEMINAR "NEUEN TYPS"

Die Kollegen haben gleichzeitig erkannt, daß dies keine Frage ist, die nur sie selbst betrifft. Der Kampf gegen ein "undemokratisches und unkritisches Studium" (Resolution der Hörer des Proseminars I) geht alle Studenten an und es ist klar, daß nur "solidarisches Auftreten die Kraft hat, sich gegen repressive Maßnahmen der Professoren zu wehren" (ebendort). Wenn Professoren derart das Studium zu reglementieren versuchen, daß nur mehr "Speichellecker" es erfolgreich abschließen können (Äußerung eines Kollegen während der Diskussion im Proseminar I), so zeigt sie damit offen ihren wahren Charakter: die Vertreter der bürgerlichen Wissenschaft sind die Handlanger des Kapitals an den Hochschulen. Ihr Interesse ist die Verhinderung jeder Kritik, die Verhinderung jeder Bewegung unter den Studenten. Sie schrecken dabei auch vor Spaltungsversuchen nicht zurück. So sprachen die reaktionären Heitger-Assistenten Hantschk und Wassitzky ständig von einem Störmanöver der Institutsgruppe, von "bestimmten politischen Interessen", mit denen die Kollegen vom Proseminar I angeblich nichts gemeinsam haben. Die Kollegen haben diese "Spaltungsmanöver, die unser einheitliches Vorgehen verhindern sollen" (Resolution...), scharf zurückgewiesen. Nur sehr wenige Kollegen ließen sich dadurch irreführen und verließen mit den Reaktionären den Hörsaal.
Die meisten Kollegen hingegen haben in diesen Auseinandersetzungen erkannt, daß die Institutsgruppe ihren Kampf gegen die Verschärfung der Studienbedingungen, gegen die zunehmende Formierung und Reglementierung des Studiums konsequent unterstützt hat, daß sie wirklich ein Forum der Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Studenten ist und nicht eine Splittergruppe mit irgendwelchen Sonderinteressen. Und je mehr die Absichten der reaktionären Pädagogen bekannt werden, desto klarer wird es allen Studenten: Dieses Proseminar ist nur ein Versuch, es soll zum Muster für ein neues Studium werden (Ergebnis einerAnfrage der Studienkommissionsvertreter). Was hier "pädagogisch" gerechtfertigt werden soll, kann schon morgen an anderen Instituten eingeführt werden ("von Fachleuten ausgearbeitet, objektive Leistungsüberprüfung...."), ungeheuer verstärkte Reglementierung und beliebig errechenbare Ausfallsquoten stehen auf Abruf parat. Die Widersprüche zwischen den Interessen der Studenten und den Agenten der Reaktion an den Hochschulen sind hier ganz offen zutage getreten. Die Reaktionäre haben auf "hart" geschaltet: nächste Woche soll der Test wieder "angeboten" (Wassitzky) werden. Auf einer Hörerversammlung faßten die Kollegen daraufhin den Beschluß, den Test neuerlich zu boykottieren. Diesmal wurden alle Pädagogen dazu aufgefordert, sich daran zu beteiligen. Sollte auch dies nicht zu einer Absetzung der Tests führen, wollen die Kollegen die praktische Solidarität aller Studenten zur Grundlage weiterer Aktionen (diskutiert wurden Streik, Besetzung und anderes) machen.
Die Kollegen fordern:

- Abschaffung der Tests
- Freie Diskussion im Proseminar und in allen Lehrveranstaltungen
- Freie Kritik an den Lehrinhalten

## REDAKTIONELLE NACHBEMERKUNG

Nicht nur am Pädagogischen Institut, auch bei anderen Studienrichtungen geht eine von Tag zu Tag sich verstärkende Verschulung, Formierung, Gleichschaltung vor sich. Nicht immer aber tritt diese Tendenz so deutlich zutage wie bei diesem Proseminar von Prof.Heitger. Umso notwendiger ist es, zu erkennen, daß diese Art von Reglementierung nicht vereinzelt, und vor allem nicht zufällig ist. Sie läuft genau in dem Rahmen und mit den Zielen ab, die durch die neue Hochschulreform abgesteckt werden. Ihr Zweck ist die Effektivierung des Ausbildungsbetriebs. Durch erhöhten Leistungsdruck soll eine Straffung und Verkürzung des Studiums erreicht werden, wodurch in kürzerer Zeit eine größere Zahl von ausgebildeten Hochschulabsolventen "produziert" und die Kosten für deren Ausbildung verringert werden.
Insbesondere bei den ideologischen Studienrichtungen, den "Geisteswissenschaften", hat diese Reglementierung des Studiums aber noch einen zweiten, wichtigen Grund. Es soll dadurch eine ideologische Gleichschaltung erreicht werden, es soll erzwungen werden, daß die Studenten

die Basis des Unterrichts, die bürgerliche Wissenschaft, überhaupt nicht mehr in Frage stellen können. Weil die fortwährende Verschärfung der allgemeinen Widersprüche des Kapitalismus viele Studenten zum Erkennen und zum Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutersystem führt, müssen die Agenten der Bourgeoisie an den Hochschulen zu immer neuen Mitteln der Verschleierung und des Zwanges greifen.
Der Kampf gegen die kapitalistische Hochschulreform muß daher auf zwei Ebenen geführt werden: einerseits als Kritik der kapitalistischen Hochschulstruktur - als Kampf gegen die Formen der Machtausübung der Bourgeoisie an den Hochschulen (z.B. Verschärfung der Studienbedingungen). Aber dieser Kampf gewinnt erst eine Perspektive, wenn er auch auf der zweiten Ebene, wenn er gegen die kapitalistische Hochschule als Ganzes geführt wird. Dazu ist es unbedingt notwendig, auf die Wurzeln der Widersprüche zurückzugehen und das heißt, die Inhalte, die den Studenten aufgezwungen werden sollen, zu bekämpfen. Der Aufbau einer einheitlichen Kampffront zur Kritik der bürgerlichen Wissenschaft ist eine Hauptaufgabe im Kampf an den Hochschulen. Diese Kritik an der bürgerlichen Wissenschaft muß weitergetrieben werden zur radikalen Kritik der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt, sie muß auf die Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus gestellt werden.
Die Studenten am Pädagogischen Institut haben den Kampf gegen die Formen der Durchsetzung der bürgerlichen Ideologie aufgenommen. Sie werden dabei nicht stehenbleiben, sondern an den Inhalten den reaktionären und undemokratischen Charakter der bürgerlichen Pädagogik für alle Kollegen klarmachen.

# ZUR HOCHSCHULREFORM

## DER BISHERIGE VERLAUF DEI MONOPOLKAPITALISTISCHEN HOCHSCHULREFORM

Um die österreichische Hochschulreform grundsätzlich beurteilen zu können, muß man sie als Teil der Modernisierung des Kapitalismus in Österreich begreifen. Dieser Prozeß wird von seinem Hauptträger, der SPÖ-Regierung, die "Strukturreform der österreichischen Wirtschaft" genannt. Durch sie soll der österreichischen Privatindustrie ermöglicht werden, endlich in das internationale Geschäft einzusteigen. Gleichzeitig sollen für die großen verstaatlichten und ausländischen Konzerne die günstigen Verwertungsbedingungen in Österreich gesichert und durch verstärkte Ausbeutungsmöglichkeiten noch verbessert werden, d.h. daß sich die Kapitalisten auch in den nächsten Jahren bemühen werden, das relativ niedrige Lohnniveau der österreichischen Industrie zu erhalten (1973: prognostizierte Reallohnsteigerungen 3%. Produktivitätssteigerung mind. 6%). In der wirtschaftsstatistischen Prognose charakterisieren zwei Tendenzen die Veränderungen des österreichischen Kapitalismus: zunehmender sektoraler Wandel sowie Vergrößerung der Betriebe. Sektoraler Wandel bedeutet, daß immer mehr in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigte gezwungen werden, in den industriellen Bereich und den Handels- und Dienstleistungsbereich abzuwandern. Dabei muß man bedenken, daß aufgrund der Reagrarisierung nach dem 1. Weltkrieg erst vor wenigen Jahren das gleiche Verhältnis im Brutto-Sozialprodukt zwischen gewerblicher und land- und forstwirtschaftlicher Produktion erreicht wurde, wie es im Jahre 1913 in Österreich geherrscht hatte. (Aufgrund des Wegfallens des Wirtschaftsraums der Donaumonarchie und damit der Hauptnahrungsmittellieferanten und der Hauptabsatzmärkte der industriellen Produktion in Deutsch-Österreich kam es in der ersten Repu-

blik zu einer relativen Ausweitung des Agrar- und Kleinproduzentensektors. Dies unterscheidet den österreichischen Industrialisierungsprozess wesentlich von dem der übrigen europäischen entwickelten kapitalistischen Staaten.) Vergrößerung der Betriebe bedeutet Vernichtung einer Reihe von Kleinbetrieben und ist verbunden und ist verbunden mit der Einführung höherer Technologien. Die Kleinbetriebe (Handwerk und Einzelhandel) sind der Konkurrenz durch größere Firmen nicht mehr gewachsen. Ihre Besitzer, besonders aber deren Kinder, müssen Arbeiter- und Angestelltenberufe ergreifen .
Von diesem Deklassierungsprozess ist die akademische Intelligenz nur in bestimmten Bereichen betroffen,denn zugleich entsteht ein erhöhtes Bedürfnis des Kapitals nach Akademikern: Techniker, Wirtschaftfachleute, Sozialtechniker.

Durch die Niederlassung ausländischer Großkonzerne entsteht in Österreich der Bedarf nach zusätzlichen technischen Qualifikationen, die auf den österreichischen technischen Hochschulen bis vor kürzester Zeit überhaupt nicht erworben werden konnten. Gleichzeitig steigt die Notwendigkeit des Einsatzes der traditionellen Ingenieure (bei der Rationalisierung und Umorganisierung der Großbetriebe, bei der Einführung neuer technischer Systeme z.B. von Halbautomaten). Die Mittelbetriebe, die meist auf Spezialproduktion ausgerichtet sind, und deren Zahl im Wachsen begriffen ist, benötigen zur Rationalisierung und Planung der Produktion und des Absatzes in vermehrtem Maß technische Akademiker und Absolventen betriebswirtschaftlicher Studien. Größere Konzerne und Banken brauchen darüber hinaus ausgebildete Volkswirte, spezialisierte Statistiker und Prognostiker für Markt- und Investitionsplanung sowie für Geld und Währungsfragen.

Sehr wichtig ist jedoch gerade für diese Phase des Kapitalismus auch die gründliche Indoktrinierung und politische Disziplinierung der Arbeiterklasse und des Volkes. Ebenso wie der Aufbau des Kapitalismus in Österreich nach dem 2. Weltkrieg auf Kosten der Arbeiterklasse unter riesigem Konsumverzicht der werktätigen Bevölkerung vor sich gegangen ist, kann auch diese Reform des österreichischen Kapitalismus nur durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiter ermöglicht werden. Wie die Ideologie "Es geht uns schon wieder viel besser" und "das ist der Verdienst der gemeinsamen Bemühungen " (erstes und zweites Lohn-Preisabkommen) entwickelt wurde, so wird auch jetzt an möglichst effizienten ideologischen Konzepten gearbeitet (Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung, Land mit den besten Sozialleistungen der Welt, niedrigste Streikhäufigkeit, daher großes Wirtschaftswachstum und "das kommt ja allen zugute".)
Dies ist notwendig, um beginnenden Abwehrkämpfen der Arbeiterklasse gegen die verschärfte Ausbeutung durch verstärkten ideologischen Druck rechtzeitig begegnen zu können. Diese Aufgabe haben u.a. Betriebspsychologen, Soziologen und Politologen zu erfüllen. Diese Sozialwissenschafter werden nicht nur von den einzelnen Betrieben benötigt, auch der bürgerliche Staat braucht sie für staatliche Planung und Organisierung der "gesamtgesellschaftlichen Aufgaben".

Welche Funktionen hat nun die HS-Reform bei der "Modernisierung" des österreichischen Kapitalismus?

Grundsätzlich sind drei folgende Haupttendenzen zu beobachten:
1. sollen die Kosten für das Ausbildungssystem, die ja für das Kapital unproduktiv sind, d.h.einen Abzug vom Profit bedeuten, auf das notwendige Minimum eingeschränkt werden. Dazu dienen die Diplomordnungen, durch die erreicht werden soll, daß die Studenten in kürzester Zeit möglichst viel für das Kapital brauchbares Wissen erwerben. Diese Kostensenkung schliesst mit ein, daß jene Studenten, die nicht zu einem Studienabschluß kommen (durchschnittlich 40%), so früh wie möglich auf der Hochschule "herausgesäubert" werden, das bedeutet die Vorverlegung eines verschleierten Numerus clausus, dem viele Studenten während der ersten Diplomprüfung, also im 4. Semester, zum Opfer fallen.
2. wird die ideologische Gleichschaltung der Studenten verstärkt in Angriff genommen, um sie für ihren späteren Beruf als Handlanger des Kapitals fungibel zu machen.
Als wichtigstes Mittel zur Indoktrinierung erweist sich hier der ständige Prüfungsdruck, der in Form von Aufteilung der Diplomprüfungen über das ganze Semester, Lehrveranstaltungen mit immanten Prüfungscharakter etc. durchgesetzt wird.

3. kommt es zur Einführung einer ganzen Reihe von neuen Studienrichtungen (Rechentechnik, Wirtschaftsstatistik, Raumplanung...), die dem Rationalisierungsbedürfnis des Kapitalismus entgegenkommen. Viele traditionellen Studien werden nach ähnlichen Prinzipien neugegliedert, was ein Anwachsen des Lern- und damit Prüfungsstoffes bei gleichzeitiger Verkürzung der Studienzeit bedeutet.
Die Hochschulreform begann bereits im Jahre 1966 mit dem AhstG und dem Gesetz über die Sozial- und wirtschaftswissensch. Studienrichtungen, also nicht mit dem UOG.
Die nächste große Etappe nach dem AhstG war dann die Verabschiedung des Gesetzes über die technischen Studienrichtungen und des Gesetzes über die montanistische Studienrichtung.

Die Möglichkeit zur verstärkten und beschleunigten Durchführung einer Hochschulreform im größeren Rahmen sollte aber durch die Gründung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung im Jahre 1970 geschaffen werden. Die Regierungserklärung enthielt dazu alle jene Maßnahmen, die eine solche Reform umfassen muß: "Verabschiedung weiterer Studiengesetze unter Berücksichtigung moderner Erkenntnisse der Hochschuldidaktik, Reform der Institute, der Fakultäten und der Unispitze, Studienkommissionen, zeitgemäße Reform des Habilitations- und Berufungsverfahren, zusammengefaßt: Studienreform, Verwaltungsreform, Reform des Lehr- und Prüfungswesens, Wissenschaft- und Forschungsförderung.

Erklärtes Ziel schon des AHStG war es zu gewährleisten, daß gerade dieStudenten der technischen Studienrichtungen unter allen Umständen ihre Studien innerhalb von 9 bis 10 Semestern abschließen. (Vergl. die gegenwärtige Studiendauer auf der TH Wien). Dazu sind im AhstG zwei wesentliche Neuerungen für das Prüfungswesen enthalten: der Übergang von der kommissionellen zur kumulativen Prüfung (Aufteilung der Diplomprüfung in Teilprüfungen über den ganzen Abschnitt); die Einführung der Lehrveranstaltungen mit "immanenten Prüfungscharakter" während des ganzen Studiums. Die Gestaltung von Übungen und Proseminaren derart, daß der Aneignungsprozeß der Übungsteilnehmer vom Leiter der Lehrveranstaltung ständig kontrolliert wird, ohne daß offene Prüfungen, von deren Bestehen die Teilnahme einer Lehrveranstaltung abhägt, stattfinden dürfen.
Eine Anpassung an diese veränderten Prüfungsformen stellt auch die Novellierung des SoWi-Gesetzes 1971 dar. Damit wurden die ersten Schritte zur Studienverschärfung gesetzt, bei gleichzeitiger Inangriffnahme der genauen inhaltlichen Regelung der Studienrichtungen.
Schließlich machte man sich auch an die Neuordnung der philosophischen Fakultät. Ergebnis: das Gesetz über die Naturwi. und Geisteswi. Studienrichtungen. Die Studieninhalte sind in den Gesetzen genau angeführt (sehr deutlich war dies bei derkürzlich abgehaltenen Enquete über das Philosophiestudium ans Tageslicht getreten. Den Studienkommissionen wurden genau fixierte Inhalte, sogar die Fächer vorgelegt, sie können nur mehr um Stunden feilschen), die neuen Prüfungssysteme der THs sollen auch hier übernommen werden.
Sehr krass zeigen sich die Versuche der indirekten Lenkung weg von und hin zu bestimmten Studien.
Während Naturwi. und einige Lehrämte erheblich erleichtert werden, soll der Zugang zu bestimmten Fächern, für die kaum mehr Bedarf besteht erschwert werden. Dies trifft vor allem für Geschichte und Philosophie zu.

Die konsequente Durchführung dieses ersten Hauptstückes der Hochschulreform zeigt sich auch in der Neueinführung oder Ausweitung jener Studien, die bisher fehlten, für die Rationalisierung des österr. Kapitalismus aber von größter Bedeutung sind, z.B. Raumplanung auf der TH, Wirtschaftsingenieure, Rechentechnik, Informatik, etwas später die Einführung eines Faches Betriebs- und Wirtschaftsinformatik auf den SoWi-Fakultäten.

Zur besseren Indoktrinierung des Hochschulstoffes ist eine didaktische Neuordnung des Studiums unbedingt notwendig. Hier liegt auch eine der Hauptaktivitäten des Ministeriums: " Revision der Curricula, neue Arbeitsweisen, objektivierung der Prüfung,

technische Hilfsmittel, genaue Feststellung der Lernmotivationen, Freilegung von Erfolgserlebnissen bei Prüfungen "(alle Zitate aus dem Hochschulbericht).
Der Geist dieser Tätigkeit charakterisiert der Hochschulbericht 1972 treffend: "Insbesondere fehlt es derzeit nicht nur in Österreich.... an exakten Untersuchungen über das den Studierenden zumutbare Arbeitsquantum, das von einem fleißigen und begabten Studierenden bewältigt werden kann".
Mit der dem Hochschulbericht eigenen Offenheit heißt es:" allgemeiner Ausdruck der Leistungssituation an der Hochschule ist die Prüfung". Weit voraus mit didaktischen Experimenten sind die technischen Hochschulen. Aber auch die SoWis experimentieren fleißig. Die Einführungsvorlesung in Betriebswirtschaftslehre im SS73 wird von Überprüfungstests begleitet. Es ist völlig klar, daß bei einer derartigen Verschärfung der Prüfungssituation und bei einer so gründlichen Indoktrinierung möglicher Unzufriedenheit rechtzeitig vorgebeugt werden muß.
Dazu dienen die Studienkommissionen, die folgende Aufgaben haben: die genaue Anführung der erforderlichen Lehrveranstaltungen, die Praktika, die Festsetzung der Stundenzahlen im einzelnen. Die Studienkommissionen sollen sicher stellen, daß die Studenten ihr Studium in der vorgesehenen Zeit abschließen, Studienverzögerungen sollen ausgeschlossen werden.
Indem die Studenten an der Verschärfung mitarbeiten, soll ihnen Mitbestimmung vorgegaukelt werden, sollen sie eher dazu gebracht werden, die Verschärfung zu schlucken.

## DAS UNIVERSITÄTS-ORGANISATIONSGESETZ

Im folgenden soll kurz auf die wesentlichen Aspekte des UOG-Entwurfes eingegangen werden. Wie wir schon oben gezeigt haben, wurde mit der Reform der Studiengänge schon vor einigen Jahren begonnen. Die inhaltliche Reform der Studien mit all ihren wesentlichen Zügen konnte also bisher auch ohne UOG vorangetrieben werden. Aus diesem Grunde ist es verständlich, daß es das Ministerium mit der Verabschiedung des Gesetzes nicht sehr eilig hat (seine Einbringung in den Nationalrat wurde wieder verschoben und zwar bis Herbst 1973). Damit soll aber nicht behauptet werden, daß die Bestimmungen des UOG keine Bedeutung für die inhaltliche Neuordnung der Studien, für die Rationalisierung und Effektivierung der Ausbildungsgänge haben.
Die Einschränkungen des "autonomen Bereiches" der Hochschulen und insbesondere der im UOG enthaltene Angriff auf die Stellung der Ordinarien, die Schaffung rechtlicher Grundlagen für verstärkte Staatsinterventionen sollen dem Ministerium Hebel zur Verfügung stellen, mit denen es die Modernisierung des österreichischen Hochschulsystems noch konsequenter vorantreiben kann.
Im Vordergrunde steht hier die Bestimmung über das Berufungsverfahren. Mit der Neuordnung der Berufungsverfahren von Professoren wird der bisherigen "Selbstregenerierung" der bürgerlichen Wissenschaft ein entscheidender Schlag versetzt. Ein deutliches Zeichen dafür, daß die Vorstellung vieler Professoren von dem, was Wissenschaft für die heutige Gesellschaft zu leisten hat, nicht den "Anforderungen der Wirtschaft" entspricht, daß die Zeiten eines Wissenschaftsverständnisses vom beschaulichen Sich-selbst-bilden endgültig vorbei sind. Um die nötige "Praxisorientiertheit" der Ausbildung zu erreichen, wird das bisherige Privileg der Ordinarien den Technokraten des Ministeriums übertragen. Lag also nach dem bisherigen Berufungsverfahren das Entscheidungsrecht über den neu zu besetzenden Posten de facto bei der Fakultät, so wird nach der neuen Regelung das Vorschlagsrecht der Professoren bedeutend eingeschränkt, das Bundesministerium wird auf jeden Fall jenen Kandidaten berufen, "der seinem Ermessen nach am geeignetsten erscheint"(Erläuterungen zum UOG,S.20). Dazu kommt noch, daß nach Abschnitt II, § 14, die Berufung nicht mehr für eine bestimmte Lehrkanzel erfolgt. Das Lehrkanzelsystem wird überhaupt abgeschafft. Im AHStG gab es eine Bestimmung, nach der die Ordinarien angehalten wurden, Lehrveranstaltungen auf die Erfordernisse der Studienordnung und einer möglichst kurzen Studiendauer abzustimmen. Das UOG verschärft diese Bestimmungen, indem es eine relativ genaue Festlegung der zu lehrenden Gebiete vorsieht.

Neben dem Eingriff in das Berufungsverfahren und der relativ genauen Bestimmung des Lehrauftrages kommt das Bestreben des Staats, das Geschehen an den Hochschulen fest unter seiner Kontrolle zu haben, noch in weiteren Belangen zum Ausdruck. In der empfindlichen Ausdehnung des Aufsichtsrechtes des Ministeriums über die Beschlüsse von Hochschulgremien betreffend ihre Tätigkeit im "autonomen Bereich", d.h. jenes Bereiches, der bisher unter der alleinigen Kontrolle der Universitätsbürokratie stand. Die Auflösung von Universitätsgremien und die Übernahme ihrer Kompetenzen durch das nächsthöhere Gremium, in dem die Studenten jeweils schwächer vertreten sind, und schließlich durch das Ministerium (§ 6 UOG) ist für den Fall vorgesehen, daß das betreffende Gremium 3 Monate lang beschluß- und arbeitsunfähig bleibt. Dieser Paragraph ist sicherlich taktisch klug konzipiert worden: streiten sich die Professoren, Studenten und Assistenten in irgendwelchen paritätisch zusammengesetzten Gremien und blockieren sie wechselseitig ihre Beschlüsse, so kann sich das Ministerium einmischen und schließlich seine eigenen Vorstellungen durchsetzen. Auf diese Weise kann es geschickt die Sperrminorität der Studenten gegen konservativ-reaktionäre Professoren oder die der Professoren gegen fortschrittliche Studenten ausnutzen und für seine Vorstellungen einspannen. Nicht zuletzt ist aber der Paragraph 6 geplant, um bei einem Anwachsen der demokratischen Kämpfe der Studenten durch den Übergang der Kompetenzen der Universitätsgremien an das Ministerium die Ruhe und das Funktionieren der Universitäten sichern zu helfen. In den "Erläuterungen zum UOG" heißt es dazu: "An den österreichischen Universitäten und Hochschulen haben sich bisher zwar keine Anzeichen dafür gezeigt, daß eine derartige Situation eintreten könnte und gerade die Neuordnung der Universitätsstruktur nach modernen Grundsätzen, wie sie der vorliegende Entwurf versucht, wird eine der Maßnahmen darstellen, welche die Entstehung einer derartigen Situation möglichst hinhalten soll. Ereignisse an den Universitäten und Hochschulen des Auslandes lassen es doch als zweckmäßig erscheinen, bei der Erlassung eines neuen Gesetzes ... auch für diesen Fall Vorsorge zu treffen." (S 4)

Dies zeigt, daß die studentische Mitbestimmung, wie sie im UOG vorgesehen ist, allein durch die Bestimmungen des UOG selbst auf klare Grenzen stößt.

## MITBESTIMMUNG

Wie steht es überhaupt mit der vielgepriesenen Mitbestimmung im Firnberg-Entwurf?

Der Mitbestimmungs-Schwindel im Firnberg-Entwurf ist ein zweifacher: Allgemein muß man sagen, daß die Mitbestimmungsmodelle, die an den reformierten kapitalistischen Hochschulen zur Anwendung kommen, in ihrem Kern dazu dienen, der Masse der Studenten vorzugaukeln, sie hätten tatsächlich die Möglichkeit, die Universitäten nach ihren Vorstellungen mitzugestalten. In Wirklichkeit sind diese Möglichkeiten sehr begrenzt und bewegen sich innerhalb des engen Rahmens der von der monopolkapitalistischen Hochschulreform bzw. den Anforderungen der "modernen Wirtschaft" an die Hochschulausbildung diktiert wird. Durch das Mitbestimmungsgeschrei soll nur verschleiert werden, daß Forschung und Lehre immer unmittelbar den Bedürfnissen der kapitalistischen Profitwirtschaft untergeordnet und dementsprechend das gesamte Hochschulsystem umgeändert wird. Während die Studenten sich um Paritäten streiten und fiktive Mitbestimmung üben sollen, wird in relativer Stille die Formierung und Reformierung der Hochschulen im Interesse des Monopolkapitals vorangetrieben, werden damit auch zunehmend die Ausbildungsbedingungen der Studenten verschärft.

Im besonderen enthält aber der vorliegende UOG-Entwurf bestenfalls eine Karikatur der studentischen Mitbestimmung. Alle Gremien mit den wesentlichen Beschlußrechten, die Fakultätskollegien und der Akademische Senat bleiben sicher in der Hand der Ordinarien - der Anwesenheit der Studenten kommt dort nur eine Alibifunktion zu.
Dafür werden Institutskonferenz und Studienkomission als die Mitsprache- und Mitbestimmungsgremien hingestellt.

Die Institute bleiben nach dem Entwurf die kleinsten selbstständigen organisatorischen Einheiten. Ihre Organe sind Institutsvorstand und In-

stitutskonferenz. Die Institutskonferenz setzt sich zu gleichen Teilen aus Professoren, Assistenten und Studenten zuzüglich zweier Mitglieder des nichtwissenschaftlichen Personals zusammen. Was sind ihre wichtigsten Kompetenzen?

1. "Richtlinien zur Institutsführung" zu beschließen, an denen sich der Institutsvorstand, der natürlich ein Professor sein muß, nur "allenfalls" (so steht es im Gesetz!) zu halten hat.

2. Akklamationsforum für den Institutsvorstand zu sein (im Gesetz: "Beschlußfassung über die Anträge des Institutsvorstandes zum Budget und zum Dienstpostenplan des Instituts").

Genauer und offener steht es in den Erläuterungen: "Die Richtlinien müssen ... allgemein gehalten werden ... eine Kompetenz in Einzelangelegenheiten kommt der Institutskonferenz demnach nur dann zu, wenn der Institutsvorstand der Meinung ist, daß er allein die Verantwortung für eine bestimmte Entscheidung nicht übernehmen sollte."(!!)

Die alten Studienkomissionen werden abgeschafft; es werden neue Studienkomissionen auf Fakultätsebene eingerichtet. Sie sind drittelparitätisch zusammengesetzt. Folgendes um zu zeigen, wie "weitreichend" ihre Kompetenzen sind:

- Abänderung und Erlassung von Studienplänen nach dem AHSTG. Es ist aber klar, daß die besonderen Studiengesetze und Studienordnungen die Studienpläne so festlegen, daß sie als Mittel zur Veränderung und Neubestimmung der gebotenen Lehrinhalte völlig unbrauchbar sind
- Ausarbeitung von Richtlinien für die Festlegung von Prüfungsterminen, Prüfungsintervallen und Reprobationsfristen
- Kritik von Lehrveranstaltungen (als ob wir zu diesem Recht eines von oben eingesetzten Mitbestimmungsmodells bedürften)
- Untersuchung der Ursachen von Studienverzögerungen, die Ausarbeitung von Vorschlägen zu ihrer Beseitigung (Studenten sollen also Studenten überwachen, damit sie nur ja ihr Studium in der vom Gesetz vorgesehenen Frist abschließen!).

Sollten es aber die Vertreter der Studenten bei all diesen Aufgaben an "nötigem Ernst" fehlen lassen und nicht genügend "konstruktiv" mitarbeiten, sondern von ihrem Recht der Sperrminorität Gebrauch machen, so steht noch die Anwendung des § 6 als Ausweg offen: Nach drei Monaten wird das Ministerium dieses Organ einfach auflösen und seine Aufgaben dem nächsthöheren Organ übertragen, in dem die Studenten nur Statisten spielen können.

Fazit: Die Funktion der Studienkomissionen beschränkt sich auf die Übernahme von bürokratischem Kram, auf die Verminderung von Reibungsflächen und die Vorgaukelung von Mitbestimmung für Studenten.

## EINSCHRÄNKUNG DEMOKRATISCHER RECHTE

Die Mitbestimmungsfarce des Firnberg-Entwurfs kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das UOG bedrohliche Angriffe auf demokratische Rechte der Studenten enthält bzw. ermöglicht. Nach § 97 sollen in Zukunft nur noch solche Veranstaltungen auf Universitätsboden abgehalten werden dürfen, die "wissenschaftliche oder damit in Zusammenhang stehende kulturpolitische Fragen (?!)" betreffen. Dem Rektor wird aufgetragen, eine "Veranstaltung zu untersagen, wenn die Beeinträchtigung des Lehr- und Forschungsbetriebes oder eine Störung der Ordnung auf dem Boden der Universität zu erwarten ist." Der Rektor braucht sich vor den Studenten und der Öffentlichkeit nicht zu rechtfertigen und seine Beschlüsse zu begründen. Gegen wen wird dieser Gummiparagraph wohl angewendet werden? Gegen die fortschrittlichen Kräfte an den Universitäten, wie die Vergangenheit oft genug gezeigt hat: Hörsaalverbote in Wien und Salzburg, Verbot eines Informationsstandes in Wien, Verbot von politischen Veranstaltungen, Informationstafeln und Informationsständen in Innsbruck, generelles Verbot politischer Veranstaltungen fortschrittlicher Studenten in Leoben usw. Darüberhinaus wird in den "Erläuterungen zum UOG" noch darauf hingewiesen, daß in Zukunft der Einsatz von Polizeieinheiten auf Universitätsboden erleichtert werden solle ...

## FORSCHUNGS- UND UNTERSUCHUNGSANSTALTEN

Österreich weist im internationalen Vergleich extrem niedrige Forschungsausgaben auf, was auf die Strukturschwäche und den Kapitalmangel der österreichischen Wirtschaft zurückzuführen ist. In den letzten Jahren ist von der Kapitalistenseite immer wieder gefordert worden, daß der Staat diese für die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft so wichtigen Aufgaben übernimmt. Es ist klar, daß es sich dabei im Prinzip um die altbekannte Methode handelt, die Finanzierung von Wissenschaft und Forschung auf Kosten aller, die Verwendung ihrer Ergebnisse aber privat erfolgen zu lassen, zur Steigerung der Profite der Kapitalisten. Mit dem UOG-Entwurf wird diese Methode nun gesetzlich institutionalisiert, indem das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung auf Antrag der obersten akademischen Behörde Forschungsinstitute errichten kann, "da man auf die Durchführung solcher, in der Regel wichtiger zukunftsweisender Vorhaben nicht verzichten kann." (Erläuterungen, S 17) Für die Planung und Koordinierung der gesamtösterreichischen Forschungstätigkeit und für die Vergabe der Mittel wird ein Wissenschaftsrat beim Ministerium eingerichtet, in dem die Wirtschaft stark vertreten sein wird.

## DIE KONTROVERSE UM DAS UOG

Hier soll keine ausführliche Darstellung und Kritik der Positionen aller relevanten Interessensgruppen und studentischen Organisationen erfolgen, das wird in den nächsten MLS-Publikationen geschehen. Wir gehen hier nur auf die Widersprüche zwischen den Plänen des Ministeriums, den Interessen der Professoren und auf die Haltung, die die ÖH (ÖSU) in dem gegenwärtigen Streit einnimmt, ein.

Die überkommene priviligierte Stellung der Ordinarienschicht kann nur bei Beibehaltung des autoritären Abhängigkeitsverhältnisses der Assistenten von den Professoren aufrechterhalten werden. Die Beschneidung der Privilegien der Ordinarien muss aber erfolgen, um den veränderten Anforderungen von Lehre und Forschung Rechnung zu tragen, denen das bisherige HS-System nicht gerecht wird. So wird die"Mitbestimmung" von Studenten und Assistenten vor allem deshalb notwendig und vom bürgerlichen Staat konzidiert, um "unnötige Reibungen" im Ausbildungssektor (ausgelöst durch die drückend autoritäre Herrschaft der Professoren, die im Hinblick auf die Anforderungen der kapitalistischen Profitwirtschaft an der HS gegenwärtig funktionslos ist) zu vermeiden und um die unzufriedenen Studenten durch Mitbestimmungsillusionen einzufangen und in die Irre zu führen: Es gilt sie abzulenken von der Erkenntnis, dass die in Angriff genommene Reformierung des Studiums einhergeht mit der Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen, der Verschärfung des Prüfungsdrucks, der verstärkten ideologischen Formierung. Es gilt ihnen "Demokratie" vorzugaukeln, wo nur die Farce von burgerlicher Demokratie bewilligt wird.
Der Widerstand der Professoren richtet sich vor allem gegen die neuen Berufungsbestimmungen, gegen die Liquidierung des Lehrkanzelsystems und gegen die Mitbestimmung von Studenten und Assistenten. Alle diese Maßnahmen würden auf die Dauer eine empfindliche Beschneidung der überkommenen priviligierten Stellung der Ordinarien bedeuten. Und gerade um diese priviligierte Stellung geht es den Professoren.
Schließlich bedeutet sie für sie Macht, Unabhängigkeit von jeglicher Dienstaufsicht, Unverbindlichkeit in der Erfüllung ihrer Lehr- und Forschungsaufgaben, Sicherheit und Unabhängigkeit gegenüber den sich objektiv ändernden Anforderungen an das HS-System und nicht zuletzt Geld durch erträgliche Privatverträge mit kapitalistischen Auftraggebern, wobei Letzteres selbstverständlich auf Kosten ihrer Lehrtätigkeit und unter Benutzung der Institutseinrichtungen erfolgte. Viele Professoren spielen sich als Verteidiger der angeblichen "Freiheit von Wissenschaft und Lehre" und der "HS-Autonomie" auf, obwohl sie mit kapitalistischen Konzernen aufs Engste verbandelt sind, ja zum Teil sogar im Alleingang den Lehrbetrieb

nach den Forderungen und Anregungen der Wirtschaft umändern (besonders zahlreiche Bespiele dafür liessen sich aus dem wirtschaftswissenschaftlichen Bereich anführen). Diese Herren verstecken sich hinter edlen "Motivationen" und versuchen in massiven Öffentlichkeitskampagnen die absurdesten Argumente zu verkaufen.. Die Professoren werden in ihren Anstrengungen, ihre Selbstregenerierung und ihre Machtfülle zu bewahren sowie weiterhin ihr Privatinteresse mittels der Lehrkanzeln verfolgen zu können, von ÖVP und FPÖ unterstützt. Diesen beiden Parteien, die bis jetzt unter den HS-Lehrern und insbesondre den Professoren noch viel stärker vertreten sind als die SPÖ, geht es dabei aber hauptsächlich darum zu verhindern, daß die Kreisky-Regierung mittels des UOG eine SP-Personalpolitik durchsetzen kann.

Es ist selbstverständlich, daß wir den konservativ-reaktionären, auf die Erhaltung ihrer anachronistischen Privilegien abzielenden Widerstand der Professoren gegen das UOG nicht unterstützen werden. Im Gegenteil geht es darum, das reaktionäre Wesen ihrer Gegnerschaft zum UOG aufzuzeigen. Das heißt aber noch lange nicht, daß sich die fortschrittlichen Studenten jetzt dazu hergeben werden, dem Ministerium zu helfen, das UOG gegen den Widerstand der Professoren durchzusetzen. Das ist es ja gerade, was Firnberg und Co. gerne sehen würden und wodurch sie die Studenten in die Irre führen wollen: sie behaupten, es läge im Interesse der Studenten, das Ministerium bei der Durchführung dieser "fortschrittlichen" Reform gegen die Professoren zu unterstützen. Einerseits wäre es für das Ministerium tatsächlich leichter, das UOG durchzusetzen, wenn der Druck von "links" da wäre, wenn es einen Unmut und einige Unruhe unter den Studenten gegen die Professoren gäbe. Damit hätte das Ministerium die Möglichkeit, die Professoren zu erpressen. Durch die Bindung an die Politik und Taktik des Ministeriums könnten die Studenten umso wirkungsvoller über den insgesamt reaktionären, den Interessen des Monopolkapitals untergeordneten Charakter des UOG und der SP-HS-Reform überhaupt im Unklaren gehalten werden. Die Studenten sollen durch das Mitbestimmungsblabla an den "Kampf gegen die Ordinarienuniversität" fixiert werden, damit das Ministerium hinter diesem Schleier ungehindert die wesentlichen Teile der monopolkapitalistischen HS-Reform verwirklichen kann.

WIR NEHMEN ABSCHIED VON EINEM "GOLDENEN ZEITALTER". WAS VOR UNS LIEGT MUSS UNS ALLE MIT BANGER UND DRÜCKENDER SORGE ERFÜLLEN. DAS "GOLDENE ZEITALTER" GEHT ZWAR NICHT JÄH UND MIT PLÖTZLICHEM ABBRUCH HEUTE AUF MORGEN ZU ENDE, ABER SCHRITT UM SCHRITT WERDEN WIR IN EINE ENTWICKLUNG HINEINGESTOSSEN..., DER WIR UNS MIT ALLEN UNSEREN KRÄFTEN ENTGEGENSTEMMEN MÜSSEN, UND ZWAR AUS DER ERKENNTNIS HERAUS, DASS DIE ORGANISATIONSFORMEN, DIE MAN DEN HOHEN SCHULEN AUFZWINGEN WILL, NICHT EINE REFORM, SONDERN EINE KATASTROPHE FÜR DIE GESAMTHEIT DES STAATES UND DER GESELLSCHAFT BEDEUTEN. KÄMPFEN WIR GESCHLOSSEN UND IN EINIGKEIT GEGEN DAS UNIVERSITÄTSORGANISATIONSGESETZ UND BEWEISEN WIR, DASS UNSERE KOLLEGIALITÄT UND FREUNDSCHAFT NICHT NUR FÜR DIE RELATIV SORGLOSEN JAHRE EINES "GOLDENEN ZEITALTERS" GEDACHT WAREN. FÜR MICH IST ES GERADEZU SYMBOLHAFT, DASS WIR HEUTE ZUM LETZTENMAL IN DIESER ALTGEWOHNTEN UND VERTRAUTEN UMGEBUNG UNSERE FAKULTÄTSSITZUNG ABGEHALTEN HABEN. WENN WIR WIEDER ZUSAMMENKOMMEN WIRD DIESER RAUM IN NEUEM GLANZ ERSTRAHLEN..., ABER ICH FÜRCHTE, DASS WIR AN DIESEN ALTEN TISCHEN UND IN DIESEN ALTEN SESSELN GLÜCKLICHER, WILL SAGEN "SORGLOSER" GEWESEN SIND." ( Dekan Prof. Sutter im Juni 1972 auf einer Fakultätssitzung an der Juridischen fakultät der Universität Graz )

In diesen ihren Bemühungen wird die SP-Regierung entschieden von der ÖSU, die die ÖH kontrolliert, unterstützt. Die ÖSU kritisiert den Entwurf des Ministeriums im wesentlichen von Positionen aus, wie sie im SP-HS-Programm niedergelegt sind, aber im Lauf der Zeit der Budgetknappheit, dem Widerstand der Professoren und der Konzessionsbereitschaft der SP-Regierung geopfert worden waren.
So besteht die ÖSU auf dem Umbau der Universitätsorganisation gemäß dem SP-Programm: Ortsuniversitäten, die in Fachbereiche gegliedert werden und deren unterste Einheiten kraft Gesetz Großinstitute werden sollen. Den Fachbereichen übergeordnet sind Studienkommissionen, an der Spitze der Universität stehen Präsident,Vorstand und Konzil.
Die gleiche Richtung wie ihre Stellungnahme zur "Wissenschaftsverwaltung" nimmt ihre Kritik an der "Sachverwaltungsreform an der HS". Auch hier wolle die SP nach Meinung der ÖSU nicht konsequent genug durchreformieren. Die Bestimmungen im UOG tendieren nach ihrer Ansicht noch immer zur "Bürokratie statt zur echten Verwaltungsreform nach den Grundsätzen eines zeitgemäßen Managements". Sie verlangt, daß die "derzeit bestehende Rektoratsverfassung durch das Präsidialsystem abgelöst werden (solle): ein an der Spitze stehender, auf mehrere Jahre gewählter Präsident leitet seine 'Stabstellen' nach den Grundssätzen des Managements und betriebswirtschaftlichen Erfordernissen" (alles im ÖSU-Report 4/2 Dezember 72).
Die ÖSU stimmt den Inhalten der Rationalisierung des HS-Systems vollständig zu. Dabei gerät sie aber in das Dilemma, daß die Wirklichkeit des monopolkapitalistischen Umbruchs des Hochschulwesens ihren bornierten bürgerlichen Ideologien und Wertvorstellungen widerspricht. Die Reform bringt notwendigerweise eine Zunahme der staatlichen Kontrolle, verstärkte "Einmischung von außen". Da dies den Vorstellungen der ÖSU-Studentenpolitiker von der "Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre" und der "Autonomie der HS" widerspricht, wollen sie eine HS-Reform ohne Beschneidung der "Autonomie". Die Drittelparität soll hier das Wundermittel des Ausgleichs von Ideologie und Wirklichkeit sein, denn "eine Gefahr für diese Freiheit ist ... nicht von den kollegialen Entscheidungen im wissenschaftlichen Bereich zu befürchten, vielmehr von Seiten der außerwissenschaftlichen Kräfte ideologischer Prägung und machtpolitischer Tendenz..." (ÖSU-Report 4/2 Dezember 72)
Diese bürgerlichen Lemuren sehen bestimmte Phänomene der monopokapitalistischen HS-Reform, wie die Verminderung der Qualität der Ausbildung und die Trennung in forschungs- und anwendungsbezogene Studien (Doktorats- und Diplomstudium). Sie können diese natürlich nicht auf ihre gesellschaftlichen Wurzeln, auf die Entwicklung der Produktivkräfte unter den Bedingungen der kapitalistischen Profitwirtschaft zurückführen. Da es ihnen darum geht, die ständischen Interessen der Studenten zu vertreten und sie ihre eigene Legitimation von daher beziehen, müssen sie einen Ausweg anbieten und da fällt ihnen eben nichts anderes ein als die Mitbestimmung!
Im ÖSU-Report 4/72 wird das folgendermaßen formuliert: "An einer Hochschule, die zum Dienstleistungsbetrieb der Massenausbildung zu werden droht, entfernt sich die Lehre zwangsläufig von der Wissenschaft. Die Situation des Studierenden in der anonymen Wissensfabrik ist dadurch gekennzeichnet, daß er durch die mangelnde Stoffabgrenzung und das weitgehende Fehlen von Zielformulierungen der Lehrveranstaltungen den Professoren bei Prüfungen ausgeliefert ist; daß er sich, alles in allem, vom "System" an der Hochschule übermächtigt fühlt. Will die Hochschule hingegen den Anspruch aufrechterhalten, wissenschaftliche Qualifikation zu vermitteln und somit auch die Interessen der Studierenden verfolgen, so muß sie letztere in die Organisation und Planung nicht nur des Lehr-, sondern vor allem auch des Forschungsbetriebes miteinbeziehen."

Unter einer Reihe weiterer Argumente gegen die professorale Hartnäckigkeit gegenüber der Drittelparität sticht besonders eines hervor, das mit der Argumentation des Ministeriums auffällig übereinstimmt. Auf den Hinweis der Professoren, daß die Mitbestimmung nur zu "deutschen Zuständen" führen könne, schreibt die ÖSU im Report 4/72:"Wenn man aus dem deutschen Beispiel überhaupt irgendeine Erfahrung ziehen kann, dann die, daß

man es dort verabsäumt hat, rechtzeitig ( das heißt, solange dies noch in einem sachlichen Klima möglich gewesen wäre ) längst fällige Reformen durchzuführen. Auch in Österreich könnte es soweit kommen, wenn man weiterhin statt Hochschulreformen nur kosmetische Operationen durchführt und statt echter Mitbestimmungsfunktionen nur Alibiregelungen schafft."

Dies weist aber nur einmal mehr auf die wahre Funktion der Mitbestimmungsmodelle hin: Unnötige, disfunktionale Reibungen zu vermeiden, um umso leichter die wesentlichen Inhalte der HS-Reform im Interesse des Kapitals durchzusetzen.

SP-Regierung und ÖSU sind sich also nahezu völlig einig. Wie denn die Analyse der Vorgänge um die HS-Reform überhaupt zeigt, daß die ÖSU zur Hauptstütze der SP-Regierung im studentischen Bereich geworden ist, viel wichtiger als der kleine und untätige VSSTÖ, dessen Vorstellungen sich von denen der ÖSU sowieso nur graduell unterscheiden. Die Bindung großer Teile der Studenten an die SP-HS-Politik ist der ÖSU zugedacht, die dieser Rolle auch bereitwillig nachzukommen versucht.

## JETZT DEN KAMPF UM DIE DEMOKRATISCHEN RECHTE AUFNEHMEN

Wir sind in diesem Artikel kurz und an mancher Stelle vielleicht nicht ausführlich genug auf die wesentlichen Aspekte der laufenden HS-reform eingegangen: wir haben den Zusammenhng zwischen der Hochschulreform und der "Modernisierung" des österreichischen Kapitalismus aufgezeigt, wir sind auf die verschiedenen Stufen und Teilbereiche der Reform eingegangen, haben ihre hauptsächlichen Motivationen, Tendenzen und Auswirkungen behandelt. Insbesondere mußte auf das gegenwärtig heftig umstrittene UOG eingegangen werden. Dabei wurde aber klar, daß das UOG nur einen Teil der Reform ausmacht, ine es aber den entscheidenden oder zentralen Teil; daß die Verschärfung der Lebens-und Studienbedingungen der Studenten, die Straffung und Verschulung des Lehrbetriebs und die damit einhergehende verstärkte ideologische Formierung und Disziplinierung der Studenten nicht vom UOG abhängt, sondern schon seit einiger Zeit erfolgt und in den nächsten Jahren noch zunehmen wird. Es wäre aufgrund des gegebenen Stellenwertes des UOG in der österreichischen HS-Reform politisch falsch, den"Kampf gegen das UOG" zu orientieren. Das heißt nicht, daß wir nicht entschieden gegen alle jene Bestimmungen in dem Gesetz bzw. die Versuche ihrer Anwendung auftreten werden, die eine politische Disziplinierung und Einschränkung der demokratischen Rechte der fortschrittlichen Studenten mit sich bringen.

Wir müssen an den Instituten den Kampf um jene fortschrittlichen Interessen der Studenten aufnehmen,die gegen die Herrschaft des Monopolkapitals im Ausbildungswesen gerichtet sind. Der Kampf gegen die HS-Reform muß vor allem geführt werden als Kampf gegen die Verschulung und Straffung des Studiums, die nicht nur Kostensenkung für das Kapital, sondern auch verstärkte und wirkungsvollere Disziplinierung und ideologische Indoktrinierung bedeuten; gegen die Einschränkung der Möglichkeiten zur kritischen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft-für notwendige und günstige Voraussetzungen für die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft.

Diese demokratischen Kämpfe müssen mit der Einsicht geführt werden, daß es nicht um eine "bessere" HS-Reform oder eine HS-Reform im Interesse des Volkes" geht. Im Kapitalismus kann es nur Hochschulen im Dienste des Kapitals geben, das sie entsprechend seinen Verwertungszwängen umgestalten muß. Kein Mitbestimmungsgerede kann darüber hinwegtäuschen,daß die Ausbildung im Kapitalismus genauso undemokratisch sein muß, wie die gesellschaftlichen Grundlagen auf denen sie entsteht. Es genügt deshalb nicht,gegen die kapitalistische Formierung des

Ausbildungssektors und abstrakt gegen eine "Ausbildung im Dienste des Kapitals" zu sein, wenn man nicht gleichzeitig die Bedingungen für die Realisierung dieser Forderung erkennt: die demokratischen Kämpfe an den Hochschulem müssen als Teil der Kämpfe des Proletariats und aller ausgebeuteten Schichten des Volkes gegen die Kapitalsherrschaft geführt werden. Sie müssen dem Kampf des Proletariats und der mit ihm verbündeten Schichten um den Sozialismus untergeordnet werden.

**KAMPF DER KAPITALISTISCHEN FORMIERUNG DER HOCHSCHULEN!**

**KAMPF DER EINSCHRÄNKUNG DEMOKRATISCHER RECHTE!**

**FÜR DAS FESTE BÜNDNIS DER STUDIERENDEN JUGEND MIT DER ARBEITERKLASSE IM KAMPF UM DEN SOZIALISMUS!**

# FRANKREICH NACH DEN WAHLEN

## DER WEG DER KPF ZUM SOZIALISMUS

### EINLEITUNG

Am 4. und 11. März fanden in Frankreich die Wahlen der Abgeordneten ins Parlament statt. Trotz eines bedeutenden Stimmenverlustes der gaullistischen Mehrheit gegenüber 1968 konnte sie ein weiteres Mal die absolute Mehrheit im Parlament erringen. Obwohl die Gaullisten etwas weniger Stimmen als die Union der Linken erhielten - 46,24 % gegenüber 47 % konnten sie dank dem seit 1968 herrschenden Wahlrecht mehr Mandate als die Uniom erhalten. Mehr als ein Jahr lang hatte man die französische Bevölkerung davon zu überzeugen versucht, daß ihre Zukunft, ihr künftiges Schicksal von diesen Wahlen abhänge, hier gehe es um die Wahl der Gesellschaftsform" hörte man von allen Seiten. Die KPF und die SPF, die ein "Gemeinsames Programm" für 5 Jahre abgeschlossen hatten, meinten, dieses öffne den Weg zum Sozialismus. Mit den richtigen Stimmzetteln in den Urnen werde man die großen Monopole entmachten und die "wirkliche Demokratie" erringen. Die Gaullisten, schwer angeschlagen durch alle möglichen Skandale, bedrängt durch den Unmut über ihre hemmungslose Politik im Dienste der Monopole, spielten noch einmal auf der Geige des Antikommunismus und zogen die ganz große rote Katze aus dem Sack. Dabei bedurfte es schon eines ganz gehörigen Maßes an Zynismus, um Mitterand und Marchais, die schon seit langem auf dem Boden des Kapitalismus stehen, als gefährliche Revolutionäre zu bezeichnen, die das Land in die Arme des Kollektivismus und Kommunismus treiben wollen.

Und jetzt nach den Wahlen? Offenbar wurde der Weg zum Sozialismus um 4 % Stimmen verfehlt, die der Linken zur absoluten Mehrheit fehlten. Aber in 5 Jahren finden ja die nächsten Wahlen statt, auf die es sich nun schon von allem Anfang an einzustellen gilt. Für die wirklichen Kommunisten ist der Stimmzettel aber nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, daß im <u>Klassenkampf</u> die Angriffe der Bourgeoisie zurückgeschlagen werden, daß im <u>Klassenkampf</u> die Offensive gegen die Bourgeoisie begonnen wird, daß unter der Führung der Arbeiterklasse die breiten Volksmassen selbst den Kampf um die Zerschlagung der Herrschaft der Bourge-

oisie aufnehmen. Kampffeld hierfür ist die ganze Gesellschaft und nicht das Parlament. Das Parlament kann den Kampf bloß widerspiegeln. Diese Wiederspiegelung des Klassenkampfes im Parlament ist für die Arbeiterklasse allerdings nicht ohne Bedeutung. Indem sie ihre eigenen revolutionären Vertreter, indem sie die Angehörigen ihrer Klassenpartei ins Parlament wählt, schafft sie sich die Möglichkeit, die Klassenfronten auch im bürgerlichen Parlament aufzurichten und es als Tribüne zur Propagierung des Klassenkampfes zu benutzen. Diese Ausnutzung des bürgerlichen Parlaments als Tribüne revolutionärer Propaganda fördert den Klassenkampf, macht ihn breiter, umfassender und offensichtlicher, bringt neue Schichten des Proletariats mit der revolutionären Propaganda in Verbindung.

In Frankreich gibt es noch keine revolutionäre Partei des Proletariats. Die kommunistischen Kräfte sind noch nicht wirklich in der Arbeiterklasse verankert, die richtige politische Linie - die Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die konkreten Verhältnisse in Frankreich - ist erst im Entstehen. Der Aufbau einer kommunistischen Partei im Kampf gegen den modernen Revisionismus schreitet nur unter großen Schwierigkeiten voran. Deshalb können uns die Wahlen und ihr Ausgang auch nur wenig über die Fortschritte, die in dieser Hinsicht errungen wurden, mitteilen. Auch die beginnende Loslösung der Arbeiterklasse von den Revisionisten, die in jedem Konflikt in der Fabrik immer sichtbarer wird, fand in diesen Wahlen keinen Widerschein.
Wir möchten aber diese Wahlen benutzen, um an Hand der Situation in Frankreich, des Wahlkampfes und des Programms der Linken die wahre Natur des Revisionismus in aller Deutlichkeit zu zeigen. Die Politik des Revisionismus mit allen seinen Zügen fand natürlich nicht erst im "Gemeinsamen Programm" (= GP) seinen Ausdruck. Die KPF führte in ihrer Praxis schon 1945-48 eine durch und durch revisionistische Politik durch und ihre politische Linie ist spätestens ab 1956 ein eigenständiger Ausdruck des modernen Revisionismus. Aber im GP wird ein Beispiel gesetzt und ein Muster für das zukünftige Verhalten anderer westeuropäischer "K"Ps gegeben. Deshalb ist es so wichtig, zu erkennen, daß dieser von der KPF vorgesehene "Französische Weg zum Sozialismus" ein durchaus kohärentes Programm darstellt, das mit der Politik der KPF in den letzten 20 Jahren übereinstimmt und nicht bloß da oder dort revisionistische Ausrutscher beinhaltet. An diesem Programm wird besonders deutlich, daß der "Weg zum Sozialismus" der revisionistischen Parteien in Wirklichkeit ein "Weg vom Sozialismus" bedeutet.
Obwohl in dieser Wahl der einzige Nutznießer des GP die SP war - sie konnte die größte Anzahl von Stimmen seit 45 erringen, während die KP nur ihre übliche Stärke der Jahre vor 68 erreichte - obwohl also der einzige Effekt des ganzen Unternehmens die steigende Glaubwürdigkeit der SP war, wird die im Programm dargelegte Politik auch bis zu den nächsten Wahlen die Strategie der KP bestimmen. Die ersten Anzeichen davon sind schon klar zu erkennen: Würgte die KP vor den Wahlen jeden Kampf, der entstand, mit dem Hinweis ab, jetzt sei Ruhe und Würde vonnöten und alle Forderungen der verschiedenen Schichten des Volkes würden einzig durch den Wahlsieg der Union der Linken möglich und sagte Seguy gleichzeitig in einer Pressekonferenz, im Falle einer Niederlage der Linken "werden die Aktionen der Gewerkschaften andauern ..., die Streiks sich vervielfachen, ja sich im nationalen Maßstab koordinieren ..." (Le Monde 19.2.), so schreibt er jetzt in einem Artikel in "Le Monde": "... Es ist absurd, der CGT die dunklen Absichten zuzuschreiben, eine politische Revanche anstreben zu wollen, indem sie die Unzufriedenheit der Arbeiter zu Zwecken der Agitation und Unordnung ausnutzt"(!) (16.3.)
In diesem Satz allein entlarvt sich schon das durch und durch bürgerliche Wesen dieses Führers der "kommunistischen" CGT. Die Interessen der Arbeiterklasse konsequent vertreten, ihre berechtigte Unzufriedenheit als Folge des Kapitalismus zu sehen und ihren Kampf dagegen anzuführen und gegen die Diktatur der Bourgeoisie zu richten - das ist für sie nichts anderes als ein "Ausnutzen" der Unzufriedenheit der Arbeiter "zu Zwecken der Agitation und Unordnung", mit einem Wort ein "Unruhestiften." Im Namen der "Ruhe und Ordnung" hat die Bourgeoisie aber immer schon die Arbeiterklasse und das Volk unterdrückt - ein Herr Seguy ist ihnen dabei willkommener Helfershelfer.

# DIE SITUATION VOR DEN WAHLEN

Diese Einleitung kann keine genaue Analyse sein, denn diese Analyse kann nur das Ergebnis der Untersuchungen der am Ort kämpfenden kommunistischen Kräfte sein. Vielmehr sollen nur einige allgemeine Tatsachen, insbesondere über die Lage der Arbeiterklasse den Hintergrund liefern, vor dem der Wahlkampf stattfand.
1958 übernahmen in Gestalt von de Gaulle die französischen Monopole direkt die Regierungsgeschäfte des Staates. Die Verfassung wurde geändert und aus der 4.Republik in der das Parlament zumindest formal sehr weitgehende Rechte hatte, wurde die 5.Republik, in der der Präsident und seine Regierung die wichtigsten Entscheidungen treffen Weiters wurde das Wahlrecht so reformiert, daß die KPF nur mehr 24 Abgeordnete gegenüber früher über 160 erhielt.
Nach der Schwächung der ökonomischen und politischen Macht Frankreichs in den 50 er Jahren durch den Verlust Indochinas und Algeriens, bedeutete die durch de Gaulle eingeschlagene Politik den Versuch, durch Förderung der Kapitalkonzentration und Verschärfung der Ausbeutung im eigenen Land erneut bei dem Kampf um ökonomische Einflußsphären mitmischen zu können. Diese Politik bedingte auch ein gewisses Abrücken Frankreichs von den USA, z.B. in Form der Einstellung der Mitarbeit in der NATO, der Anerkennung der VR China usw.Frankreich begann eigene Atomwaffen und Flugzeuge (Mirage) zu entwickeln, und versuchte, seine Position in der EWG gegenüber Westdeutschland zu stärken.
Gegen diese Offensive nach außen, verbunden mit einer Verstärkung der Ausbeutung nach innen, konnte die französische Arbeiterklasse bis 1968 nicht in großem Umfang reagieren. Die einzige Partei,die politische Kämpfe hätte führen können - die KPF - war nicht imstande, dem Proletariat eine Kampfperspektive zu bieten.
Aber nicht nur das, immer mehr wurde sie es, die die entstehenden Kämpfe der Arbeiterklasse bremste, entschärfte und torpedierte. Das Ergebnis ist,daß trotz des Generalstreiks von 1968, trotz der nie ganz unterbrochenen Kämpfe der Arbeiter in den Betrieben, im Frankreich Pompidous 1972:
+Ein Arbeiter in der Stunde um 42% weniger verdient als in der BRD (obwohl dort die"Soziallasten" von den Kapitalisten getragen werden)
+er sogar weniger bekommt, als in allen anderen EWG-Ländern, Italien eingeschlossen, obwohl nach 66 der italienische Arbeiter um 10% weniger verdiente als der französische.
+er die längste durchschnittliche Arbeitswoche der ganzen EWG hat, 45 Stunden, während sie in Italien,Belgien und Deutschland 43 Stunden beträgt.
+es 4 Millionen Lohnarbeiter gibt, die weniger als 1000 Franc(offiziell 450o S) verdienen.
+die Spaltung der Arbeiterklasse durch äußerst differenzierte Lohnstufen weit stärker ist, als in Belgien und in Deutschland ( ein petrochemischer Arbeiter verdient in der BRD um 75% mehr als ein in der Kleidungsindustrie beschäftigter, in Frankreich um 113%; die ganze Schicht von Antreibern, Technikern, Ingenieuren verdient im Schnitt um 95% mehr als die Arbeiter gegenüber 45% in Deutschland.Angaben aus Le Monde, de l'économie, 3o.1.73).
Nur durch solche Angriffe auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse konnte der französischen Bourgeoisie der Sprung nach vorn gelingen.Nach 1965 setzte eine vollständige Erneuerung der wichtigsten Zweige der französischen Industrie ein, die durch die hohen Profitraten zu dieser Zeit ermöglicht war.Trotz des Sinkens der Profitrate Ende der 60er Jahre konnte Frankreich aber die Steigerung seiner industriellen Produktion weiter fortsetzen und erzielte schließlich Ende 1972 den selben Zuwachs an Industriegütern wie die BRD (186 Frankreich, 190 BRD. 1962 =100)
In einer solchen Situation einigten sich die KP,SP und ein Teil der Radikalen der Linken im Juli 1972 auf ein "gemeinsames Regierungsprogramm". Dieses Programm verspricht so ziemlich jeder Schichte und Klasse der Bevölkerung eine Besserstellung.Gleichzeitig greift es Forderungen auf, die von der Arbeiterklasse schon lange gestellt werden: 1000 Franc Mindestlohn; Rente mit 60 Jahren, 40-Stunden Woche.
Die Unzufriedenheit mit der Situation ist so groß, daß sich schließlich auch die Regierung genötigt sah, die Erfüllung dieser Forderungen bis 1975 zu versprechen, und die Industriellenvereinigung die Gewerkschaften einladen mußte, mit ihr über die "Verbesserung der Arbeitsbedingungen" zu diskutieren um die Arbeiterklasse zu beschwichtigen.




Neunte Streikwoche in Plemel: "Unsere Väter sind vor Hunger krepiert, ihre Söhne werden sie rächen"

Im "G.P." wird außerdem die Nationalisierung von 12 großen Konzernen der Flugzeug-, Chemie-, Elektro- und Stahlindustrie versprochen, sowie auf S.113: "Die Regierung wird in steigendem Umfang die wichtigsten Produktionsmittel sowie den Kreditapparat, die beide in Händen der dominierenden Kapitalistengruppen sind, vergesellschaften." Oder auf Seite 112: "Die Überführung der Schlüsselindustrien des Privatsektors in die öffentliche Hand und die Einführung demokratischer Verwaltungsstrukturen, die diese Überführung gestatten, werden die effektive Transformation der Gesellschaft bewerkstelligen und den Weg zum Sozialismus öffnen.

## DAS „GEMEINSAME PROGRAMM"

Das "Gemeinsame Programm"
"Fortgeschrittene Demokratie" =
"Fortschritt in der Unterdrückung der Massen".

"Demokratisieren" ist der Hauptbegriff des Programms. Wenn wir an die Macht kommen, wird alles demokratisiert: die Polizei, das Heer und natürlich

die Fabrik. Die Gesellschaft wird zu neuen Freiheiten vorstoßen.Frei- heiten für wen? Für welche Klasse? So steht die Frage und hinter den vielen Phrasen im Programm zeigt sich, daß sich Marchais (der Sekretär der KP) und Mitterand (SP) einig sind: Jede Propaganda,jede Organisation, jede wirkliche rev. Aktivität des Proletariats muß verhindert werden. Das verbirgt sich hinter dem kleinen Satz auf S149: "Die Gewalt wird nicht toleriert werden. Die Bewegungen, die bewaffnete Gewalt benützen oder aufrufen, sie zu benützen, werden verboten werden im Übereinstimmung mit der Gesetzgebung von 1936." Das Gesetz von 1936, dessen ursprünglicher Zweck es war, faschistische Organisationen aufzulösen, ist schon nach 68 zu einer Waffe gegen die Organisationsfreiheit zu einer Waffe zur Unterdrückung revolutioner Kräfte geworden. Mit diesem Gesetz wurden nach 1968 ohne Beweis 8 Organisationen verboten (KPF/ML,Gauche Proletatienne, JCR usw.)Mit ihm besitzt man ein Instrument das es gestattet, alle Kräfte zu verbieten, die, angesichts der bis an die Zähne bewaffnete Bourgeoisie, daß nur die revolutionäre Gewalt des Volkes die Ausbeuterherrschaft der Bourgeoisie stürzen kann, daß nur über die Diktatur des Proletariats der Sozialismus aufgebaut werden kann - und KPF/SP sind gewillt dieses Instrument zu benützen.

## DAS HEER

Was will die "Union der Linken" gegen den Unterdrückungsapparat des bürgerl. Staates unternehmen? Schon 1945 sank die KPF zur Losung: Eine Armee (die afrik. Kolonialarmee) eine Polizei, (die sich schon in der Zeit der deutschen Besatzung auszeichnete) ein Staat der Bürgerlichen ! 1961, am 16. Parteitag, forderte sie noch in ihrem Programm: "Abschaffung der Berufsarmee". Heute ist von dieser Forderung nichts mehr zu finden. Heute wird nur mehr demokratisiert. Dabei muß man noch sagen, daß sich die bestehende franz. Armee hauptsächlich in den Kolonialkiegen, (Algerien, Indochina) herausgebildet hat, wo sie in der Technik der Massenunterdrückung einiges lernen konnte (Konzentrationslager ,Vernichtung ganzer Dörfer), daß ihre Kader sorgfältig gesiebt wurden. Jedem Berufssoldaten ist völlig klar, wen zu unterdrücken die Armee bereit sein muß: die Roten, das heißt jede Bewegung der Arbeiterklasse des Volkes. Was sieht das "G.P." zur Zerschlagung dieses Unterdrückungsinstruments vor: (S 173) " Die Regierung wird auf den Loyalismus ohne Einschränkung der Offiziere und Unteroffiziere zählen. Diese wiederum werden außerhalb des Dienstes alle Zivilrechte genießen. Ihre materiellen und moralischen (?) Interessen werden verteidigt, Ihre eventuelle Rückkehr ins Zivilleben wird ga rantiert werden." Gleichzeitig sieht das Programm den 6-Monate Dienst vor (bisher 12 MOnate) das Heer wird überhaupt zu 2/3 aus Berufssoldaten bestehen. Auf S 172 steht: "Die Armee wird befreit von allen Aufgaben zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung." Aber die Armee interveniert niemals in "normalen" Zeiten in der täglichen Unterdrückung der Massen, in normalen Zeiten ist es die Aufgabe des Polizeiapperates, darauf zu achten,daß die Massen das "Gesetz" der Bourgeoisie einhalten.

Aber der Polizeiapparat wird natürlich ebenfalls beibehalten.

## DER POLIZEI- UND JUSTIZAPPARAT

Im Jahre 1921 gründete der bürgerliche Staat die MOBILE GARDE REPUBLICAINE später wurde dieser Reppresionsapparat zentralisiert und in die Lageversetzt an jedem Punkt des Landes zu intervenieren. De Gaulle gab der GARDE MOBILE einen neuen Namen: C.R.S.. 1953 gründete die Polizeipräfektur die Distrikskompanien 1968 wurden sie weiter verstärkt. Dieser ganze Apparat sammelte aber nicht erst 1968 Erfahrungen, sondern bereits während des großen Streiks Ende der 40iger Jahre,.und während der ganzen Zeit des Algerien - Krieges veranstaltete er unzählige Gemetzel. Noch 1962 während einer Anti-OAS Demonstration in Paris ermordeten diese Distrikskompanien 9 Menschen. Im Programm steht darüber auf S 146: " Die Polizei wird demokratisiert werden in ihrer Rekrutierung und Formierung, ihre Berufsausbildung wird überprüft und verlängert werden." Nicht anders ist es mit dem Justizapparat,der unlängst seine "Republikanische Gesinnung" beweisen konnte in dem er dem Mörder von Pierre Obernay (ein ehemaliger Renaultarbeiter, der



Mitterrand inspiziert die Truppen, die das algerische Volk unterdrücken

beim Agitieren vor seiner Fabrik erschossen wurde) freiließ. Der soll nicht einmal demokratisiert werden, sondern (S 147) : "Die Unabhängigkeit der Justiz in Bezug auf die Macht muß wieder eingeführt und garantiert werden." Nicht einmal die alte Forderung der franz. Revolution "Wahl der Richter" wird vorgeschlagen. Insgesamt ist also tr otz aller schönen Phrasen eines klar: Der Unterdrückungsapperat des bürgerlichen Staates wird nicht angetastet.

Es ist absurd von der Möglichkeit der Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiterklasse zu sprechen solange auf den Massen dieser bewaffnete Apparat der Soldaten und Polizisten im Dienste der Bourgeoisie lastet und noch absurder ist es unter solchen Bedingungen vom Öffnen des Wegs zum Soialismus zu reden. Allerdings darf diese Haltung nicht erstaunen, denn die KPF wollte schon 1946 einen "neuen" Weg zum Sozialismus beschreiten, nämlich den über die Eroberung der Mehrheit im Parlament (Interview von M. Thorez 1946 in der Times) Schon an Hand dieser Stellung zum bürgerl. Staat läßt sich daher erkennen, daß der Weg zum Sozialismus, wie er von KPF/SP propagiert wurde und wird, illusionär ist. Die KP vergißt nämlich wie schon die 2. Internationale vor ihr, auf die politische und ideologische Herrschaft der Bourgeoisie. Auf den Despotismus der Kapitalisten in der Fabrik und in der Gesellschaft, darauf daß die Stärke einer soz. Kraft sich nicht am Prozentsatz, den sie im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung einnimmt mißt, sondern an ihrem Platz in den Produktionsverhältnissen.

Das ist ja auch der Grund, warum das Proletariat, selbst wenn es eine Minderheit der Bevölkerung ist, die Kra ft hat (und im Zeitalter des Imperialismus die einzige Kraft ist) die Gesamtheit der revolutionären Kräfte zu führen, um die Macht der Bourgeoisie zu brechen und Schritt für Schritt eine neue Welt aufzubauen, die jede Unterdrückung und Ausbeutung eliminiert.

Aber weiter zum Programm: immerhin will die "Union der Linken" ja die Schlüsselindustrie nationalisieren.

# DIE „DEMOKRATISCHEN NATIONALISIERUNGEN"

Man muß nicht mehr lange beweisen, daß die Nationalisierungen, wenn sie vom bürgerl. Staat durchgeführt werden, nicht zum Sozialismus führen.
Aber, könnte man einwenden, in Frankreich würde ja die "Vereinigung der Linken", in der die KP sehr stark ist, die Nationalisierungen durchführen, und damit ändere sich der Klassencharakter des Staates.

Deshalb ist es interessant, die Politik der KPF seit 1945, als sie noch unvergleichlich weniger opportunistisch war, gegenüber den damals nationalisierten Industrien zu betrachten. 1945 wurden in Frankreich die Kohlengruben, die Elektrizitätsindustrie, ein großer Teil der Flugzeugindustrie, die Hälfte der Banken und zahlreiche Versicherungen nationalisiert. Die damalige Verstaatlichung wurde im dringenden Interesse der Monopolbourgeoisie durchgeführt. Die Gesamtheit der Kapitalistenklasse benötigte eine Aktivierung und Zusammenfassung des Energiesektors die Voraussetzung dafür, daß die übrige Produktion in Gang gebracht werden konnte. Die dazu nötigen enormen Kapitalmengen, die sobald nicht Profit hätten bringen können, hatten eine starke Verringerung der Profitrate des Privatkapitals nach sich gezogen, deshalb mußte verstaatlicht werden.

Darüber hinaus mußte der Arbeiterklasse glaubhaft gemacht werden, daß sie nicht mehr arbeitet, um das Kapital zu vermehren sondern für sich selbst und die arbeitenden Massen.

Von allen Parteien war damals wie heute die KPF die einzige, die die Arbeiterklasse dazu bringen konnte, so außerordentliche Anstrengungen, wie sie der Ausbau der Energiebasis erforderte, zu unternehmen. Deshalb erhielt sie damals auch die Schlüsselpositionen in Bezug auf Produktion und Arbeit. Und die neuen Minister? Sie werden prompt die besten Antreiber und unternahmen alles, damit die Arbeiter die wöchentlichen Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen hinnahmen. Die Losungen der C.G.T.(der kommunistischen Gewerkschaft) waren:"Produzieren, produzieren und nochmals produzieren, das ist die höchste der Klassenpflichten." "Krempelt euch die Ärmel auf.""Sich vereinigen,produzieren, arbeiten." 1947 hatte die Kaufkraft des Lohnes nur noch 6 % von August 1945, wie die KPF selber schreiben mußte.Ein weiterer wesentlicher Punkt der Sache war, daß die ganzen Administratoren,Ingenieure und Antreiber am Platz blieben und sogar in den Kohlengruben, wo diese Schicht offen mit den Deutschen kollaborierte und die Gruben in halbe KZ's verwandelt hatten nur einzelne, die allzu kraß ihr Handwerk ausgeübt hatten, entlassen wurden.

Wie steht es nun mit den im"gemeinsamen Programm" vorgeschlagenen "demokratischen Nationalisierungen" (das demokratisch steht da, damit ein Unterschied zu den Nationalisierungen von 1945 gemacht wird, die die Arbeiter noch in unangenehmer Erinnerung haben) ? Oben haben wir gesehen, daß der ganze Staatsapparat intakt gelassen werden sollte, sich der Klassencharakter nicht geändert hätte, es ist daher völlig klar, daß durch die Nationalisierung der vorgesehenen Unternehmen diese weder ihren monopolistischen noch ihren kapitalistischen Charakter ändern.Aber sehen wir was und wieviel verstaatlicht wird. M. Marchais schreibt in der Einleitung zum"gemeinsamen Programm" (S.30): "Tatsächlich berührt die Ausdehnung des öffentlichen Sektors und die Nationalisierung nur eine extrem geringe Anzahl der 700.000 Unternehmen Frankreichs. Die Gesamtheit des öffentlichen Sektors wird etwas weniger als 2,5Mill. Lohnempfänger, von einer Gesamtzahl von 15 Mill. beschäftigen."
Und welche Industrien werden verstaatlicht: wenn man Dassault(Flugzeuge) und "Compagnie des Petroles" beiseite läßt, da sie der Staat schon zu 40 % kontrolliert, bleiben drei Sektoren über: chemische Produkte(4 Firmen), Elektroindustrie(4 Firmen) und Stahlindustrie(4 Firmen).Wie ist aber deren wirkliche Lage ? Nach 1961 (während der Aktienindex praktisch konstant blieb) haben sich die Kurse der Unternehmen, spezialisiert in diesen drei Bereichen, um jeweils 23,7%,28,9%,39,4% verringert und bei den Firmen die nationalisiert werden sind die Kursverluste noch größer (bei Phone-Poulene=Chemie 60%,bei Wendel=Stahl um 80%).In der gleichen Zeit sind die Kurse in der Lebensmittel- und Transportbranche um

200 bis 300 % gestiegen(Le Monde, 4.Juli 1972).

Das Ganze gewinnt aber noch mehr an Bedeutung, wenn man den kleinen Satz auf Seite 116 des gemeinsamen Programms liest:" Für die Entschädigung der Aktionäre der enteigneten Unternehmen wird eine gerechte Lösung gefunden werden." Zwar wird auf Seite 116 noch zwischen großen und kleinen Aktionären unterschieden, aber daß die Bemerkung nur ein Täuschungsmanöver ist, kann man dem Anhang des Programms entnehmen(S. 188):" Entsprechend den traditionellen Prinzipien des öffentlichen Rechts wird eine gerechte Entschädigung durchgeführt, mit verschiedenen Zahlungsdurchführungen für die großen und kleinen Aktienbesitzer."

Nach öffentlichem Recht(bestätigt 1958) basiert jede Entschädigung von handelbaren Papieren mit fixer Revenue (und zusätzlich manchmal ein variabler Gewinn, je nach Geschäftslage usw.) ausbezahlt.Das bedeutet, daß der Wert der Aktien zu Börsenkursen 55 Milliarden Francs beträgt.Und wer wird zahlen ? Die Herren Kapitalisten?

Das Programm schreibt nichts darüber, aber die werden es sicher nicht sein, denn die werden ja entschädigt!

Das ganze Programm der Linken ist in Bezug auf die Nationalisierung ein ambitioniertes Projekt, das den französischen Kapitalisten vorgeschlagen wird: der bürgerliche Staat soll auf dem Rücken der Arbeiter eine beträchtliche Anzahl von Investitionen in der Schwerindustrie durchführen und gleichzeitig den Kapitalisten in diesen Sektoren gestatten, ihr Kapital zu befreien und in gewinnbringendere Sektoren zu bringen.Das Programm ist voll von in diesem Geist gehaltenen Bemerkungen, so z.B. auf S.118 : "Die Ausdehnung des öffentlichen Sektors wird den Konkurrenzcharakter der Ökonomie auf nationaler, europäischer und Weltebene garantieren und auf ein höheres Niveau (?) bringen. Die Verwaltung der nationalen Unternehmen, keinesfalls direkt in den Händen des Staates, wird eine Antwort sein auf die Bedürfnisse des Wirtschaftswachstums." Damit man nicht meint, das sei nur ein Ausrutscher, noch ein Zitat, diesmal aus "La Vie Ouvrière" (18.Oktober,CGT):"Der Automobilsektor, in dem die Konkurrenz besonders aggressiv ist.Hier trifft man die Riesenfirmen, die einander kein Geschenk am internationalen Markt machen. Und die französischen Fabriken müssen unter anderem mit den amerikanischen Superriesen rechnen, sie müssen mit Erbitterung kämpfen, um sich Plätze zu schaffen. Und siehe, nehmen wir die zwei größten: Renault und Citroen, der erste nationalisiert und der zweite privat. Der Vergleich ist erbaulich: Renault fährt schneller als Citroen." "Daß die verstaatlichte Betriebe marktkonform und erst im nachhinein kontrolliert wirtschaften sollen, versteht daher sich ja von selbst." Alles einbettend in die Ziele des Plans, zu deren Erstellung sie ihren TEil beitragen, fällen die nationalen Unternehmen selbst ihre Entscheidungen. Sie besitzen Verwaltungsautonomie. Sie bestimmen ihre Politik, ihr Programm, ihr Budget und ihre Märkte." (S.110)

Dassault, dessen Fabrik die Mirage produziert und der auf der Liste der verstaatlichten Betriebe steht (bisher 40% staatlich) meinte deshalb AUCH: "Wenn man mich nationalisiert, das verdrießt mich nicht. Man wird mich einfach zum Direktor meiner Fabriken ernennen müssen, auch wenn sie dem Staat gehören. Unter dieser Bedingung wird sich nichts ändern. Aber wenn man einen anderen Direktor ernennen wird, besteht das Risiko, daß die Verstaatlichung schlechter klappt." (Nouvel Observateur,2.II)

In jeder Diskussion,in jedem Interview betont Mitterand, daß die Linke keineswegs auf die Entwicklung des Exports- sie wird ihn so gut wie überhaupt möglich entwickeln(17.II., Le Monde)- verzichten würde,"daß die Nationalisierung den Zweck hätte, "neue Investitionen zu schaffen, sie weiterzuentwickeln und sie nicht der Vernachlässigung der großen Gruppen zu überlassen."

Während also die KPF mehr die demagogische Seite des Programms betont-sie ist auch die Einzige,denn die SP ist dazu schon lange nicht mehr in der Lage- versuchte Mitterand ganz offen die französischen Imperialisten von der Vorzüglichkeit der Pläne der Linken zu überzeugen und entblödete sich dabei nicht, dem gaullistischen Finanzminister zu bescheinigen: "...nach allen werden sie Techniker sein, bestens geeignet in einer völlig anderen(!) Gesellschaft."" (L.M.v.17.2.73)

# DAS "GEMEINSAME PROGAMM" - EIN PRODUKT DES SOZIALCHAUVINISMUS

Der Sozialchauvinismus, der Opportunismus gegenüber dem französischen Imperialismus ist ein ganz wesentlicher Charakterzug des Programms. Niemanden kann das verwundern. Hat sich doch die französische Sozialdemokratie im Algerienkrieg als die verläßlichste Stütze der Kolonialpolitik erwiesen. Blut klebt an jeder Hand dieser "Sozialisten". Gewisse Führer wie Jules Moches, Guy Mollet sind derart kompromittiert, daß sie sich bei den Meetings der Linken eher bescheiden im Hintergrund halten. Aber auch Mitterand konnte seine Bewährungsprobe schon ablegen. Als Innenminister der Regierung Mendes-France sagte er 1954: "Algerien, das ist Frankreich. Und wer unter Ihnen, meine Damen und Herren, würde zögern, alle Mittel anzuwenden, um Frankreich zu beschützen!". Mitterand zögerte nicht. 1956 als Justizminister wieder an der Macht, ließ er zwei Patrioten der F.N.L. guillotinieren (das erste Mal in der Nachkriegszeit)! Und die KP ? Sie arbeitete damals schon mit dieser Bande zusammen. Am 12.3.1956 stimmten die kommunistischen Abgeordneten den der Regierung erteilten Sondervollmachten für Algerien zu. Diese Sondervollmachten gestatteten es der Regierung: "Alle Maßnahmen zu unternehmen, die notwendig sind, um die Ruhe wiederherzustellen, Personen und Sachen zu beschützen, sowie die Integrität des Territoriums zu wahren." Bei dem durch und durch opportunistischen Verhalten der KP in Fragen der ehemaligen und weiterbestehenden Kolonien während der ganzen Nachkriegszeit, ist es auch klar, daß das gemeinsame Programm zwar verspricht: "Die Armee wird befreit werden von allen Aufgaben der Intervention nach außen, kolonialen oder imperialistischen Charakters", gleichzeitig aber den Rückzug aller Truppen, aller militärischer Berater, die Auflösung aller Stützpunkte außerhalb Frankreichs nicht einmal als Frage auftaucht. Ebenso wird kein einziges Mal der von der Armee aktuell geführte Krieg erwähnt gegen das Volk von Tschad und seine Befreiungsbewegung. Offensichtlich scheintdieser Krieg für die KPF keinen kolonialen und imperialistischen Charakter zu haben, ebensowenig wie die anderen Aktionen des französischen Imperialismus in den letzten 10 Jahren, die hier aufgezählt werden sollen, da sie in Österreich kaum bekannt sind:

1961 Intervention in Mauretanien
1962 Attacke und Bombardement von Bizerba(Tunesien)
1963 Intervention in Niger
1964 Gegenstaatstreich der Fallschirmjäger in Jelon, um die Marionette Leon M'Ba an die Macht zu bringen
1965 Aktion der Armee und CRS gegen die Arbeiter von Guadalupe
66/67 Intervention der Armee mit zahlreichen Toten in Pylonti
1968 Intervention in der Republik Zentralafrika, um Bocama zur zu verhelfen
Mai 1968 Interventionen der Armee bei Demonstrationen in Senegal
Nach 1969 Krieg in Tschad
Mai 1972 Intervention in Madagaskar

Und was findet sich über den Kolonien, die Frankreich noch immer besitzt - Guadelupe, Guyana, Martinique - im Programm? Auf einer halben Seite werden erst ein paar Phrasen wie Selbstbebstimmung quasi als Einleitung geschwungen und dann list man: "Die Bevölkerungen dieser Gebiete werden jeweils aufgerufen, unter Bedingungen, die die Ausübung der demokratischen Freiheiten gestatten, ein Parlament zu wählen." (S.183) Tatsächlich ist es ein Marionettenparlament, das sie wählen dürfen, denn was sind die Bedingungen, die die reelle Ausübung der demokratischen Freiheiten gestatten? Sie sind die Anwesenheit des imperialistischen Staatsapparates Frankreichs: seiner Armee und seiner Polizei. Und nachdem sie dieses Marionettenparlament gewählt haben, wird dieses ein "neues Statut ausarbeiten, das mit der Regierung besprochen werden soll."

Der einzige Zweck all dessen ist also, eine neue Form zu bestimmen, unter der die Völker dieser Länder in Abhängigkeit vom französischen Imperialismus gehalten werden sollen. Diesen Ausweg in den Neokolonialismus hat Maurice Thorez schon am 14. Parteitag 1956 vorgeschlagen: "...im Gegenteil, ein befreites Algerien wird seine Unabhängigkeit auf einer

soliden(!) ökonomischen Basis errichten. Das wird der Industrie unseres Landes gestatten, wesentlich mehr abzusetzen, als sie es jemals in einem Algerien konnte, das verarmt war durch die koloniale Ausbeutung, dessen Kapazität, französische Güter aufzunehmen, 2,5% der exportierbaren Produktion nicht überstieg."

Gemäß dieser Politik sieht das gemeinsame Programm alle möglichen Maßnahmen vor, um den Kapitalexport noch zu beschleunigen: "Die Regierung unterstützt aktiv die industriellen und kommerziellen A ktivitäten der verstaatlichten Industrien im In- und Ausland." Bei den erst zu verstaatlichenden Firmen wird, wenn es irgendwie geht, das ganze Netz der weltweiten Ausbeutung aufrechterhalten. Wir können hier nicht auf die einzelnen Vorschläge eingehen. Praktisch bei jedem ließe sich jedoch zeigen, wie er, in den bisher entwickelten Zusammenhang gestellt, der Fortsetzung der gegebenen Außenpolitik dient. So entlarvt sich das Programm als sozialistisch in den schönen Phrasen, im harten Kern aber als chauvinistisch und imperialistisch.

Wir wollen hier noch einen Punkt anführen, der ein bezeichnendes Licht auf den "Fortschritt" wirft, den die KPF in den letzten Jahren gemacht hat: ihr Verhalten zur EWG und zum Atlantikpakt. Mit der EWG soll nach dem Programm dasselbe geschehen wie mit allen Einrichtungen des bürgerlichen Staates, sie soll "demokratisiert" werden! Man beteiligt sich auch an ihrem Aufbau (S.177) und befreit ihre Institutionen vom Einfluß des großen Kapitals!

Peinlich schien der KPF zu sein, daß man laut Programm im Antlantikpakt bleiben wollte, und zwar gegenüber ihren eigenen Mitglieder. Auf eine Bemerkung von Mitterand hin, "die SP habe von der KP die Zustimmung erhalten, daß Frankreich im Atlantikpakt bleiben werde, solange kein anderes Verteidigungssystem aufgebaut sei", antwortete Marchais folgendes: "Es ist nicht korrekt zu behaupten, daß die Sozialistische Partei von der KPF die Zustimmung erhalten habe, schlicht und einfach im Antlantikpakt zu bleiben." (Le Monde, 17.II.). Die Antwort von Marchais ist richtig, denn die Zustimmung ist nicht schlicht und einfach, sondern gewunden. Dieser Vorfall zeigt erstens, daß die KPF gezwungen ist, ihren Anhängern etwas vorzuspielen. Zweitens, daß sich die SP in ihrer Rolle als bestimmende Kraft der Linkseinheit sicher war, sodaß sie die KPF öffentlich frotzeln konnte. In allen Reden von Mitterand wurde die KP als ein reuiger Sünder hingestellt, der zwar noch mit einigen Schönheitsfehlern behaftet ist, aber im wesentlichen doch in den Schoß der Demokratie (natürlich der bürgerlichen) zurückgefunden hat. An dieser Entwicklung zeigt sich nur, daß bei einem Zusammenspiel der rechten und "linken" Reformisten die rechten immer die stärkeren sind, denn sie genießen die offene und versteckte Unterstützung der Bourgeoisie und ihres Propagandaapparates.

## DIE ROLLE DER CGT BEI DER NIEDERHALTUNG DER ARBEITER

Ein wichtiger Teil des GP besteht in der Ausdehnung und Verstärkung der Klassenzusammenarbeit, also der Herstellung des "Arbeitsfriedens" in den Fabriken. Dieses Ziel wurde bisher durch langfristige Vertragsabschlüsse mit den Gewerkschaften, die in der Lage sind, den Arbeitern Disziplin aufzuzwingen, erreicht.

In letzter Zeit klappte aber die Zusammenarbeit nicht mehr so recht. Immer öfter kam es und kommt es zu "harten" Streiks", zu Streiks gegen die Gewerkschaftsführungen und ihre Agenten in den Fabriken. Streiks von 6-10 Wochen Dauer standen auf der Tagesordnung, und dabei ging es nicht nur um höhere Löhne, sondern auch um den Kampf gegen die erhöhte Arbeitsintensität, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen usw. Die Antwort der reformistischen und revisionistishcen Gewerkschaften auf diese Entwicklung bestand einerseits darin, die laufenden Kämpfe zu entschärfen, abzuwiegeln und die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen. Andrerseits sie auf eine Linksregierung zu vertrösten. Nach dem Motto, wenn wir jetzt alle schön ruhig sind und uns nicht "provozieren" lassen, dann kommt bestimmt die Linke an die Macht und erfüllt unsere Forderungen.

Ein Streik bei Renault kann dazu als ausgezeichnete Illustration dienen: Am 30. Jänner 1973 traten 250 Arbeiter in der Halle 38 in Streik. Ihre Forderungen waren: alle Arbeiter dieser Abteilung sollten, da sie die gleiche Arbeit machen, in dieselbe Lohnstufe, nämlich die höchste unter den Kollegen eingestuft werden. Also eine Lohnerhöhung für fast alle Arbeiter dieser Abteilung.

Die großteils aus ausländischen und jugendlichen Arbeitern bestehende Belegschaft wählten am 3. Februar aus den 220 Anwesenden ein Streikkommitee, bestehend aus acht Arbeitern. Mittels des Kommitees verhandelten sie mit der Firmenleitung und verhinderten erfolgreich, daß Mitglieder der Betriebspolizei und Kapitalistenknechte aus anderen Abteilungen Streikbrecher spielen konnten.

Und wie war die Haltung der CGT zu diesem Streik in der "ungünstigen" Vorwahlzeit? Zu Streikbeginn schickte sie einige Betriebsräte in die Abteilung, die die Streikenden als Agenten der Direktion beschipften und einschüchterten. Nachdem die CFDT (linkssozialdemokratische Gewerkschaft) zu dem Streik eine vorsichtigere Stellung einnahm, steckte die CGT zurück. Sie versprach Unterstützung und redete gleichzeitig in den Abteilungen 12 und 14 , in die sich der Streik auszudehnen drohte, mit jedem Arbeiter einzeln, um zu verhindern, daß sie dem Vorbild der Abteilung 38 folgten. Am 7. März schließlich organisierte sie um 8 Uhr abends(!) eine geheime Wahl über die Wiederaufnahme der Arbeit. Die 40(!) anwesenden Arbeiter weigerten sich, zu wählen und warfen die Urne auf den Boden.

Nach dem Streik verteilte die CGT ein Flugblatt: "Trotz der vergeblichen Versuche einiger von außerhalb der Fabrik ferngelenkter Elemente, zu verhindern, daß die Arbeiter- und Gewerkschaftsdemokratie zur Anwendung gelangt, haben die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.
Die Direktion und die Staatsmacht sind gescheitert in ihren Anstrengungen, sich ein weiteres Mal Renaults zu bedienen, um die öffentliche Meinung zu traumatisieren, sowie zu versuchen der Linken zu schaden...."
...Indem sie (die Arbeiter) alle abenteuerlichen Aktionen zurückweisen, indem sie aktiv für den Triumph und die Anwendung des 'gemeinsamen Programms' eintreten, bereiten isch die Arbeiter mit ihrer Gewerkschaft CGT auf eine bessere Zukunft vor." (Aus Cause de peuple)
Die Strategie der CGT in diesem Fall und vielen anderen Fällen war: während des Streiks zu bremsen, sabotieren, verleumden und nachher die Aktion als Unterstützung für das "gemeinsame Programm" deklarieren.

Man kann sich unschwer vorstellen, wie die Stellung der Gewerkschaftsspitzen nach einem Sieg der Linken, zu Kämpfen der Arbeiterklasse ausgesehen hätte, und was der eigentliche Zweck der "demokratischen" Reformen in den Fabriken, insbesondere in verstaatlichten gewesen wäre: "Die Betriebskommitees, die Delegierten des Personals werden vor Maßnahmen, die die Einstellung, die Kündigung, die Versetzung, die Klassifikation der Arbeiter, die Festsetzung der Arbeitsgeschwindigkeit und allgemeiner die Arbeitsbedingungen betreffen, konsultiert." "Die Durchführung dieser Maßnahmen wird bis zur Übereinkunft zwischen den betreffenden Parteien aufgeschoben." In Reinschrift: der Klassenkampf wird durch rechtlich abgesicherte Klassenzusammenarbeit ersetzt.

In der verstaatlichten Industrie z.B. hätte es in der Verwaltung einige gewählte Arbeiter geben sollen, wobei sie aus den Listen, die von der Gewerkschaft vorgelegt worden wären, hätte wählen sollen. Der Rest der Verwaltung hätte aus Repräsentanten der "neuen demokratischen Macht" und den Verbrauchern bestehen sollen. Solche Mitbestimmungsmanöver sind uns nicht Unbekanntes. Gerade unlängst setzte die SPÖ gegen die ÖVP, die dadruch eine Machteinbuße erleidet, durch, daß der Aufsichtsrat der österreichischen Stahlindustrie zu einem Drittel aus Arbeitern bestehen wird.
In Westdeutschland sitzen schon seit 1952 in der Stahl- und Montanindustrie 50% "gewählte Repräsentanten. Der Sinn all dieser Maßnahmen ist ein doppelter: erstens bieten sie die Gelegenheit, einige Arbeiter mehr zu bestechen und dadruch auf die Seite des Klassenfeindes zu bringen; und sie versprechen auch den zahlreichen höheren Angestellten Technikern und Managern, die schon heute längst die Politik der KP bestimmen, neue lukrative Posten. Aber zweitens, und das ist das wichtigste, sollten diese Maßnahmen gestatten, zynisch die Arbeiterklasse und sie Maßnahmen akzeptieren zu lassen, die durch die gaullistische Regierung nur unter größeren Schwierigkeiten durchzusetzen sind.

Die Wahlen und ihr Ausgang haben ein weiteres Mal gezeigt, wie es der Bourgeoisie und ihren Helfeshelfern gelingt, mittels eines riesigen Aufwands hinters Licht zu führen und zu betrügen. Nach einem Mordsspektakel bleibt alles beim Alten und an der Lage der Arbeiterklasse hat sich nicht viel geändert.
Die modernen Revisionisten aber sind in einer Sackgasse. Trotz ihres jämmerlichen Opportunismus gegenüber dem Kleinbürgertum konnten sie kaum an Stimmen gewinnen. Die Zwischenschichten stimmten doch lieber für die alteingesessenen Reformisten der SP oder sie schlossen sich den Reformversprechungen der Gaullisten an, die mit dem Näherrücken der Wahlen sowohl die Forderung nach 1000 Fr Mindestlohn, wie die nach der Rente mit 60 Jahren übernahmen, den einzig wirklich populären Forderungen d es GP. Die Arbeiter in den Betrieben betrachteten zwar das Programm nicht als das ihre, aber sie warteten ab, was die Wahlen bringen würden. Der au fgestaute Unmut wird auch durch die Versuche der CGT, die Kämpfe von vornherein einzudämmen, nicht länger zurückgehalten werden können. Die Klassebkämpfe werden sich in den nächsten Monaten zweifellos zuspitzen. Die demokratischen Kämpfe an den Schulen und Universitäten, deren bisheriger Höhepunkt eine Demonstration von 120 000 Schülern und Studenten in Paris am 22.März war, sowie die ansteigende Welle der Kämpfe ausländischer und französischer Arbeiter gegen die willkürliche Erteilung von Arbeitsbewilligungen an die Gastarbeiter sind die ersten Anzeichen dafür.
Die kommenden Kämpfe werden das Abwenden der Arbeiterklasse vom modernen Revisionismus sicherlich beschleunigen. Das kampferfahrenen französische Proletariat wird schließlich eine Partei aufbauen, die seine historischen Interessen vertritt und erkämpft:"die Erinnerung der Diktatur des Proletariats, den Aufbau des Sozialismus in Frankreich."